

Politischer Jahresbericht

Ostafrika/Horn von Afrika 2005/2006



Nairobi

Büro Ostafrika/Horn von Afrika, Juli 2005-Juli 2006

Aseghedech Ghirmazion

Heinrich Böll Foundation
Regional Office for East & Horn of Africa
Forest Road
P.O. Box 10799-00100 GPO
Nairobi, Kenya

Fon: +254-20-37 50 329 / 37 44 227
Fax: +254-20-37 49 132
E-Mail: nairobi@hbfa.com
Homepage: <http://www.hbfa.com/>

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Regionale Themen	2
2. Kenia: Fehlgeschlagener Versuch einer Koalitionspolitik	5
3. Somalia: Die Probleme des Übergangs.....	9
4. Sudan: Eine Nation am Scheideweg	12
5. Uganda: Ringen mit einem Mehrparteiensystem	15
Ausblick.....	16

Zusammenfassung

Die Region am Großen Horn von Afrika, bestehend aus Kenia, Uganda, Sudan, Somalia, Äthiopien, Eritrea und Dschibuti (üblicherweise als „IGAD-Region“ bezeichnet) kennzeichnen unverwechselbare historische, sozioökonomische und kulturelle Charakteristika. Ihre geostrategische Lage hat wiederholt zu Konkurrenz und Feindseligkeiten zwischen lokalen und ausländischen Kräften geführt. So verfestigte sich eine Kultur der Gewalt, basierend auf Tradition, Herkunft, einer feudalen Sicht auf die Ausübung von Macht und einem autoritären Konzept von Konfliktlösung.ⁱ

Daraus resultierend hat sich die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in der Region im vergangenen Jahr auf die Themen Frieden und Sicherheit, Governance, Demokratisierungsprozesse sowie Ökologie konzentriert.

1. Regionale Themen

Frieden und Sicherheit

Die Region ist noch immer vom kolonialen Erbe gezeichnet, „Künstliche“ Grenzen trennen Volksgruppen und ehemalige Nationen, und waren in vergangenen Jahrzehnten wiederholt Auslöser gewaltsamer inner- und zwischenstaatlicher Konflikte. Diese werden zusätzlich angeheizt durch die Teilung der ohnehin knappen Ressourcen der Region entlang der Staatsgrenzen.

Aufgrund dieser historischen Hintergründe stehen alle Konflikte direkt oder indirekt miteinander in Zusammenhang. So haben die Spannungen zwischen Äthiopien und Eritrea über ihre gemeinsame Grenze beide Regierungen dazu veranlasst, ihre Militärhilfe für rivalisierende „Stellvertretergruppen“ in Somalia aufzustocken, die für ihre verlorene Region Ogaden in Äthiopien kämpfen. Dies destabilisiert wiederum die somalische Volksgruppe, die über Äthiopien, Kenia und Somalia verstreut ist. Gleichzeitig haben Äthiopien und Eritrea ihre Unterstützung für die sudanesischen Opposition reduziert, was das Regime in Khartoum stärkt und das fortschrittliche Umfassende Friedensabkommen bedroht. Der Sudan unterstützte Oppositionsgruppen in Eritrea sowie die aufständische LRA in Uganda. Letzteres lief der ugandischen Hilfe für die SPLA zuwider. Im Moment führen äthiopische Truppen Anschläge in Somalia durch, um eine Schutzzone aufzubauen. Mit jedem neuen Gewaltakt, mit jeder grenzüberschreitenden Waffenlieferung vertiefen sich die regionalen Dimensionen dieser Konflikte – ein klassischer Fall von Subregionalisierung eines Konflikts.ⁱⁱ

Ebenso sind auch die Versuche zur Konfliktlösung häufig regionaler Natur und schließen alle Akteure am Horn von Afrika ein: So z.B. die Zwischenregierungsbehörde für Entwicklung (IGAD) und die Afrikanischen Union (AU) sowie auf zivilgesellschaftlicher Seite das Africa Peace Forum, The Great Lakes Parliamentary Forum of Peace – Amani Forum und die Nairobi Peace Initiative, um nur einige zu nennen.

Die von der IGAD geführte nationale Versöhnungskonferenz, die in Somalia zur Bildung einer Föderalen Übergangsregierung (TFG) führte, brachte Hoffnung auf eine Konsolidierung des Landes –

wenngleich interne Konflikte neue Kämpfe in Mogadischu zwischen Warlord-Ministern der Regierung und islamischen Gerichten herauf beschworen. Davon unbeirrt hat die IGAD weitergearbeitet, Reiseverbote für somalische Warlords verhängt und die Anstrengungen der TFG unterstützt, die aufkommende Krise zu lösen. Gleichzeitig ermöglichte die IGAD den sudanesischen Friedensprozess, der im Januar 2005 zur Unterzeichnung des Umfassenden Friedensabkommens zwischen der SPLM/A und der sudanesischen Regierung führte. Die AU hat ebenfalls ihre Unterstützung angeboten, nicht nur für Somalia, wo sie gegen das Waffenembargo der UNO eingetreten ist, sondern auch durch die Entsendung von 10.000 Friedenswächtern nach Darfur.

Der Sudan erklärte sich mit Unterstützung der Arabischen Liga bereit, Somalia in den momentanen Auseinandersetzungen in Mogadischu beizustehen, obwohl er sich selbst noch von einem internen Konflikt erholt hat und weiter mit Problemen in Darfur kämpft. Der Südsudan vermittelt gleichzeitig zwischen der ugandischen Regierung und der LRA in der Hoffnung, den seit 20 Jahren dauernden Krieg zu beenden. Auch wenn diese lokalen Anstrengungen lobenswert sind, bleiben sie doch zu vereinzelt, schlecht vorbereitet, unkoordiniert und unzulänglich, um nachhaltige Erfolge zu erzielen. Daher haben die beschriebenen Versuche viele Rückschläge und beinahe Zusammenbrüche erlitten. Die UNO, AU, IGAD, die Zivilgesellschaft, Regierungen und alle anderen interessierten Länder müssen enger zusammenarbeiten, um ein Fundament für langwierige Verhandlungen zu legen, konzentrierten Druck und Anreize für die Konfliktparteien zu schaffen, afrikanische Kapazitäten des Konfliktmanagement zu stützen und internationale Koordination und Unterstützung für die vereinbarte Strategie zu gewährleisten. So hat auch die Heinrich-Böll-Stiftung Hilfe bei nationalen und regionalen Initiativen geleistet. Dies begann auf lokaler Ebene in Sudan und Somalia durch National Civic Forums mit ansässigen und im Ausland lebenden Wissenschaftlern, Intellektuellen und Praktikern und setzte sich in regionalen Konferenzen „In Quest for a Culture of Peace in the IGAD Region: The Role of Intellectuals and Scholars“ und „Rethinking Global Security from an African Perspective“ fort. Diese Anstrengungen werden in der nächsten Phase weitergeführt. Sie sind positive Indikatoren für das Konzept der „regionalen Problemlösung“, zu dem weiter ermuntert und das weiter unterstützt werden sollte.

Übergang und Demokratisierung – eine Serie von Anfängen

Eine transparente, auf Partizipation angelegte Regierungsführung ist ein Schlüsselement für die Schaffung von Frieden und Sicherheit in der Region. Spezifische demokratische Prozesse haben im Schnellball-Effekt zu einer systematischen Transformation von Regierungsstrukturen, Institutionen und Richtlinien geführt. Auch wenn noch nicht viele Änderungen in den Strukturen der Machtinstitutionen in der Region sichtbar sind, gab es Fortschritte wie die Volksentscheide in Kenia und Uganda: Uganda führte seinen ersten Volksentscheid überhaupt durch und hob den Verfassungsartikel 269 auf, wodurch die ersten Mehrparteienwahlen in Uganda seit Machtantritt Museveni ermöglicht wurden. Die Kenianer lehnten überwältigend einen Verfassungsentwurf ab, bei dem es eher um politische Vergeltung für unerfüllte Wahlversprechen der regierenden NARC als um eine wahre Verfassungsreform zu gehen schien.

In Äthiopien fanden die ersten demokratischen Wahlen statt, die aber durch die Einschüchterung von Oppositionsmitgliedern, gewalttätige Zwischenfälle, Festnahmen von Studenten und Führern der Zivilgesellschaft überschattet wurden, nachdem es zu Protesten wegen der verspäteten Bekanntgabe der Wahlergebnisse im Juli 2005 gekommen war. Seitdem haben vereinzelte Bombenanschläge in der Hauptstadt Addis Abeba.

Das somalische Parlament, das nur einmal in einem ganzen Jahr zusammentrat, hat wenig für seine Anerkennung bei der Wählerschaft getan. Dies zeigte sich nicht zuletzt in den Kämpfen zwischen den islamischen Gerichten und den Warlords, bei denen die Islamisten die Bevölkerung hinter sich haben. Obwohl die Probleme Somalias sehr ernst sind, darf nicht vergessen werden, dass Somaliland und Puntland relativen Frieden genießen. Puntland erlebte Ende letzten Jahres seine ersten parteibasierten Parlamentswahlen.

Im Laufe des Jahres gab es diverse wirtschaftspolitische Vorstöße sowie Initiativen im Bereich Governance. Beim fünften Treffen der Staatsoberhäupter der Afrikanischen Union im Januar 2006 in Khartoum wurde der Antrag des sudanesischen Präsidenten Omar Hassan al-Bashir auf den Vorsitz wegen der Menschenrechtsverletzungen in seinem Land zurückgewiesen. Hier wurde die Peer-Review-Komponente von NEPAD durch die gemeinsame Reaktion der anwesenden Zivilgesellschaft und der Staatsoberhäupter verwirklicht. Außerdem wurde der African-Peer-Review-Bericht zu Kenia Ende letzten Jahres veröffentlicht und vom Besuch Graca Machel und ihres berühmten Ehemannes, Nelson Mandela, begleitet.

Umweltprobleme ohne politische Lösungen

Im Berichtszeitraum litt die Region unter den Folgen einer beispiellosen Dürre und Hungersnot, die mehr als zehn Millionen Menschen zu EmpfängerInnen von Nostrationen machte, die Lebensgrundlagen von weiteren Millionen Menschen zerstörte und die verlustreichen und tödlichen Konflikte zwischen Gemeinden um knappe Wasservorräte und Weideland verschärfte. Wenngleich die Dürren während der letzten zwei Jahrzehnte ganzjährig und zyklisch auftraten, reagierten die jeweiligen Regierungen meist erst im Nachhinein, entwickelten keine nachhaltigen Strategien und beschränkten sich meist auf Nahrungsmittel- und Hilfsgütersendungen. Dies hat die Diskussion um umfassende Richtlinien zur Ernährungssicherung, in-

tegrierte Umwelt- und Katastrophenvorbereitungsrichtlinien und -einheiten neu entflammt, sowie die dringende Notwendigkeit aufgezeigt, die Zusammenhänge zwischen Dürre, Versteppung, Klimawandel und Governance bei der Armutsbekämpfung und Unterentwicklung in der ganzen Region zu untersuchen.

Die Regierungen Kenias, Ugandas und Äthiopiens scheinen keine Lehren aus den verheerenden Auswirkungen der Dürre im Jahr 2000/2001 gezogen zu haben: damals führte die Abhängigkeit von Energie aus Wasserkraft zu massiven Energierationierungen und damit zur Schließung vieler verarbeitender Industrieunternehmen, zu Mindereinnahmen in Milliardenhöhe (kenianischer Schilling) und zur Reduzierung der BIP-Wachstumsrate um bis zu zwei Prozent. Kenia war gezwungen, einen Notstromgenerator für eine Milliarde kenianischer Schillinge monatlich über 15 Monate zu mieten, um das Defizit in der Stromversorgung zu auszugleichen. Uganda hat das unter ökologischen Gesichtspunkten umstrittene Wasserkraftwerk an den Bujagali-Fällen reaktiviert, während das Land unter seiner schlimmsten Energiekrise leidet, die es in diesem Jahr 4,4 Mio. US-Dollar kosten wird. Auch Äthiopien hat sich vorgenommen, mehr Elektrizität aus Wasserkraft zu gewinnen.ⁱⁱⁱ

Perspektiven alternativer Energien

Allerdings gibt es auch einige Reformen in Richtung einer Diversifizierung der Energiequellen. Alle Länder am Großen Afrikanischen Grabenbruch verfügen über ein riesiges Potenzial an geothermischer Energie.^{iv} Kenia hat bereits die vom UN-Gipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) festgelegten 10 Prozent der nationalen Energieförderung aus alternativen Quellen erreicht^v, während alle anderen Länder riesige unerschlossene Potenziale besitzen. Kenia hat zudem ein Abkommen mit Äthiopien zum Kauf von Energie abgeschlossen, die Regierungskontrolle über den nationalen Energieversorger KENGEN an private Investoren durch einen Gang an die Börse abgetreten, eine Zuckerfabrik bevollmächtigt, aus Sirup erzeugte Energie ins nationale Stromnetz einzuspeisen und die Erkundung von Ölvorkommen durch multinationale Konzerne in Nordkenia und an der Küste wieder aufgenommen. Uganda hat nach ersten Berichten Öl gefördert, aber 70 Prozent der Förderanteile an ausländische Firmen abgegeben. Sudan, Kenia, Äthiopien und Uganda vereinbarten vertraglich, den regionalen Energiemarkt zu integrieren, Energie aus dem süd- und zentralafrikanischen Energiepool zu kaufen, der vom südafrikanischen Energieversorgungsbetrieb ESKOM, vertreten wird. Es bleibt abzuwarten, ob die erneute Suche nach Öl in der Region die Förderung erneuerbarer Energien beschränken und politische Instabilität fördern wird - an Mineralien reiche afrikanische Länder erleiden immer wieder verlustreiche Konflikte.

In ihrem Umweltforum hat die Stiftung die Perspektiven erneuerbarer Energie durch die Entwicklung eines integrierten regionalen Energieplans begleitet. Dieser knüpft an die Ergebnisse der Regionalstudien durch nationale Seminare für EntscheidungsträgerInnen, den privaten Sektor, AktivistInnen und AkademikerInnen in der IGAD-Region und der letztjährigen Veröffentlichung der Studie zum Potenzial von Technologien erneuerbarer Energien, um Wohlstand und Arbeitsplätze durch kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen. Angesichts des mangelnden umfassenden und langfristigen Denkens in Bezug auf Umwelt- und Entwicklungsthemen will die Stiftung

Verbindungen zwischen Dürre, Klimawandel und Governance im Hinblick auf die 12. UN-Klimagipfels, geplant für November 2006 in Nairobi, entwickeln.

Regionale Integration beim Handel

Die Region hat bedeutende Anstrengungen in Richtung regionaler Integration unternommen, so beim schnellen Aufbau der ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC), der anstehenden Zollunion, der gemeinsamen Lesung und Harmonisierung aller drei ostafrikanischen Budgets sowie der regelmäßigen Treffen der Staatsoberhäupter. Nach drei Jahren haben diese Anstrengungen insbesondere für Kenia Früchte getragen, dessen Handelsvolumen mit Uganda und Tansania inzwischen den Handel mit der EU und den USA übersteigt. Da Kenia vergleichsweise weiter entwickelt ist als seine Partner, war dieses Arrangement zu seinen Gunsten. Infolgedessen entstand Streit über die gemeinsamen Tarife für lokal hergestellte Güter, da Uganda und Tansania fürchten, ihre heimischen Märkte an kenianische Güter zu verlieren. Dies hat die Arbeit an einer politischen Union bis 2013, wie im EAC-Abkommen vereinbart, verlangsamt. Tansania ist zerrissen zwischen seiner Mitgliedschaft in der EAC und der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC), die sich vor allem um die ambitionierte und expansive Wirtschaftspolitik der Republik Südafrika dreht. Kenia und Uganda dagegen sind Partner im 22 Mitglieder starken Gemeinsamen Markt für Ost- und Südafrika (COMESA).

Die Region setzte sich auch in Diskussionen mit ihrer Positionierung hinsichtlich der Wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen (EU/ACP) mit der EU auseinander. Das Handelsministertreffen der AU fand im April 2006 statt und gipfelte in einer gemeinsamen Erklärung zu strittigen Themen hinsichtlich der WTO-Verhandlungen. In Nairobi fand das 114. Treffen der Interparlamentarischen Union statt, auf dem Delegierte aus aller Welt das Treffen als eine Plattform nutzten, sich für die Frauen und Kinder Afrikas einzusetzen. Die Ostafrikanische Gemeinschaft befindet sich auf einem schnellen Kurs in Richtung Föderation, auch wenn abzuwarten bleibt, wie effektiv die Umsetzung dieses ambitionierten Aktionsplans ausfällt.

Im September 2005 begannen all jene Länder der Region, die Mitglieder der 16 ESA-Länder sind, Verhandlungen mit der EU über die neuen wirtschaftlichen Partnerschaftsvereinbarungen zwischen der EU, Afrika, der Karibik und dem Pazifik (EU/ACP EPAs) - nach Ablauf des Cotonou-Partnerschaftsabkommens, unterzeichnet 2000 in Benin, und dem Ablauf der Lomé-Konventionen, die den Handel zwischen den ACP-Ländern und der EU seit 1973 geregelt hatten. Die Stiftung hat hier die Handels- und Entwicklungslobby in Kenia unterstützt und Studien sowie Positionspapiere verfasst, vor allem in Bezug auf die Landwirtschaft. Kenia ist in den Verhandlungen im Nachteil, da es das einzige der vier nicht geringst-entwickelten Länder (LDCs) des ESA-Blocks ist, das nicht an der regionalen Handelsregelung mit einem bevorzugten Marktzugang zur EU beteiligt ist. Die Seychellen, Mauritius und Simbabwe gehören zur SADC und verfügen daher über einen solchen Marktzugang.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat die kenianische Zivilgesellschaft auf das 5. WTO-Ministerialtreffen in Hongkong im Dezember 2005 vorbereitet und ihr die Teilnahme ermöglicht. Leider brachte das Hongkong-Treffen keine Gewinne für die afrikanischen Bauern: Sie

verpflichteten sich, ihre Märkte zu öffnen, während die reichen, entwickelten Nationen der EU und Amerika die verzerrten Subventionen für ihre Bauern auslaufen lassen wollen.vi

Als Beitrag zum Thema „Globalisierung“ war die Heinrich-Böll-Stiftung in den laufenden Global Eco Fair Trade Panel and Dialogue über eine lokale Institution für Handel und soziale Gerechtigkeit einbezogen. Außerdem analysierte die Stiftung regionale landwirtschaftliche Handelsrichtlinien und -institutionen unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit und veröffentlichte die Ergebnisse in einer Publikation unseres Flaggschiffs, dem monatlichen Geschlechter- und Umweltforum. Zur Stärkung der Zivilgesellschaft und des Demokratisierungsprozesses in der Region wird das Organisationskomitee des Kenya Social Forum (KSF) unterstützt, welches die Zivilgesellschaft auf das World Social Forum (WSF) im Januar 2007 in Nairobi vorbereitet, das zum ersten Mal in Afrika stattfinden wird.

Perspektive

Insgesamt scheint die Serie der neuen Projekte und Initiativen in der Region – sowohl auf Seiten der Regierung als auch in der Zivilgesellschaft - viel versprechend. Positive Schritte werden in Richtung regionaler Demokratisierung unternommen, wenn auch mit vielen Mängeln. Mit einem Prozess des Umdenkens in der Region – weg von oftmals gefährlichem Konkurrenzkampf hin zu Gewaltverzicht zwischen demokratischen Staaten Afrikas – kann ein neuer Weg eingeschlagen werden, der das Horn von Afrika nun in eine optimistischere Zukunft blicken lassen sollte. Initiativen wie das koordinierte Zusammentreffen von IGAD-Intellektuellen und Wissenschaftlern unter der Schirmherrschaft der Heinrich-Böll-Stiftung bedürfen der weiteren Förderung, um eine solide konzeptuelle Basis für solche Anstrengungen bieten zu können.

Die Initiativen am Horn von Afrika stellen Möglichkeiten eines soziopolitischen und wirtschaftlichen Fortschritts dar. Regionalismus in Form von konkreten regionalen Initiativen und Kooperationen kann hier eine Lösungsstrategie formen, die regional überaus wichtige Themen wie Frieden und Sicherheit, Regierungsführung und wirtschaftlichen Aufschwung verschränkt.

Erste Ansätze für Frieden und Sicherheit im Sudan, Somalia und Uganda sind sichtbar. Diese laufenden regionalen Kooperationen, Initiativen und Institutionalisierungsprozesse müssen weiterhin unterstützt werden.

2. Kenia: Fehlgeschlagener Versuch einer Koalitionspolitik

Zusammenfassung

Die wichtigste politische Entwicklung in Kenia in den vergangenen zwölf Monaten war der faktische Zusammenbruch der regierenden National Rainbow Coalition (NARC). Die NARC-Parteien National Alliance Party of Kenya (NAK) und die National Rainbow Alliance (NRA) gerieten wegen einer Reihe unerfüllter Wahlversprechen und Verrats an der Reformagenda in Konflikt, mit denen sie die Wahlen im Dezember 2002 gewonnen hatten. Im letzten Jahr hatte sich die LDP mit KANU in der Kritik an der Regierungsführung zusammengeschlossen, während der Präsident einige Oppositionspolitiker in seine Regierung rief, um einerseits die Oppositionsparteien zu schwächen und andererseits eine Mehrheit im Parlament zu erzielen und damit weiter regieren zu können.^{viii} Dies führte zu einem verfrühten Beginn des Wahlkampfes: Die PolitikerInnen und Parteien positionieren sich jetzt schon für die Wahlen 2007.

Die Umsetzung der dringend nötigen, politisch explosiven Reformagenda, vor allem der Abschluss des Verfassungsreformprozesses, hat sich dadurch verlangsamt. Bei der Armutsbekämpfung, der Wohlstandssteigerung und dem Kampf gegen die Korruption wurden nur geringe Erfolge erzielt. Das Vertrauen der Bürger, des privaten Sektors sowie der Entwicklungspartner in die Regierung schwinden.

Das Schicksal der Koalitionsbildung

Die zusammengebrochene NARC-Koalition hatte sich vor den Wahlen 2002 aus 14 Parteien und Gruppen der Zivilgesellschaft formiert, die verschiedene Regionen, ethnische Gruppen, Einzelpersonen und Geschäftsinteressen vertraten. Obwohl die Koalition ideologisch kaum festgelegt und hauptsächlich als „Vehikel zum Eintritt ins Parlament“^{ix} benutzt worden war, folgten ihre Führer dem Willen ihrer Unterstützer, sich zu vereinigen, persönliche Präsidentschaftsambitionen zurückzustellen und einen einzigen Kandidaten gegen den von Präsident Moi bevorzugten Nachfolger in KANU aufzustellen, da dies der einzige Weg war, Moisis Regime zu entmachten. Die Uneinigkeit der Opposition in den ersten Mehrparteien-Wahlen 1992 und 1997 hatte Moi den Machterhalt gesichert. Der „Geist der Koalition war gesät“ von den Kenianern selbst.

Daraufhin unterschrieben die Oppositionsführer vor den Wahlen zwei Einvernehmenserklärungen. Das erste war öffentlich und enthielt Richtlinienverpflichtungen sowie Schlüsselprinzipien der Formierung einer NARC-Koalitionsregierung. Das zweite war strategisch geheim und nur von den wichtigsten Führern unterzeichnet. Es enthielt einen Machtverteilungsplan zwischen NAK, geführt von Mwai Kibaki, und NRA, geführt von Raila Odinga und anderen unzufriedenen früheren KANU-Persönlichkeiten. Nachdem Moi seinen Nachfolger selbst bestimmt hatte, hatten diese KANU verlassen und schlossen sich NARC an.^x

Nach dem Wahlsieg ignorierte Präsident Kibaki Geist und Buchstaben dieser Erklärungen, die ihn an die Macht gebracht hatten, und kehrte zur Präsidentschaft der autoritären Verfassung zurück, deren Überarbeitung die Kenianer seit einem Jahrzehnt fordern. Statt, wie versprochen, innerhalb der ersten 100 Tage im Amt eine neue Verfassung zu liefern und politische, soziale und wirtschaftliche Reformen einzuleiten, belohnte er seine engen Vertrauten und Freunde in NAK mit höchsten Positionen im Kabinett, dem öffentlichen Dienst

und der Diplomatie, löste die NARC-Leitungsorgane auf, dämonisierte den Koalitionspartner NRA und brach sein Wort, Korruption zu bekämpfen.^{xi}

Der betrogene Verfassungsreformprozess

Die Verfassungsdelegiertenkonferenz endete im Mai 2005, woraufhin den Kenianern in einem Referendum ein Verfassungsentwurf vorzulegen war. Als der Generalstaatsanwalt den Entwurf endlich veröffentlichte, ging ein Aufschrei durchs Land: der Regierung wurde vorgeworfen, sie habe durch die Formulierung eines Dokuments, das ihr vor allem selbst nütze, den Reformprozess scheitern lassen und keine Lösungen für strittige Themen wie Struktur und Macht der Regierungsbehörden, Dezentralisierung der Macht, religiöse Gerichte, Frauenrepräsentation durch positive Diskriminierung und Landbesitz gefunden.

Beim Referendum im November stützten regierungsnaher Parlamentarier in NARC den Verfassungsentwurf, während die LDP, KANU und Organisationen der Zivilgesellschaft unter dem Dach des „Orange Democratic Movement“ (ODM) eine Ablehnung anstrebten. Die Befürworter traten für die Beibehaltung einer starken präsidentiellen Zentralgewalt ein, ohne Schritte in Richtung Dezentralisierung der Macht anzustreben. Das ODM lehnte den Entwurf ab, weil er auf einem Präsidentsystem beruhte, das die Kenianer seit Jahrzehnten unterdrückt hatte und das explizite Streben der Kenianer nach einem Parlamentssystem missachtete. Das von der Bevölkerung befürwortete System sieht eine Doppelspitze aus Präsident und Premierminister vor, die gleichberechtigt nebeneinander stehen, aber auch im Sinne einer gleichmäßigen Entwicklung Kompetenzen und Ressourcen an die Regionen abgeben.^{xii} Der Verfassungsentwurf beherrschte die öffentliche Debatte und wurde breit diskutiert. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte vor allem Gespräche von Frauenorganisationen und Sayari, dem unabhängigen Think Tank, der eine kritisch informierte Debattenkultur reinen Propagandamaßnahmen vorzieht.

In der Vorahnung einer Niederlage griff die Regierung zu Bestechung und Einschüchterung ihrer Gegner. Das ODM nutzte Propaganda, um die Kenianer in ethnisch basierte Wahlblöcke zu spalten, berief sich auf allgemeine kulturelle Traditionen in Bezug auf den Landbesitz von Frauen, die Existenz islamischer Gerichte im Entwurf sowie auf die Furcht vor der Dominanz des Kikuyu-Volkes und der Festigung der präsidentiellen Macht unter Kibakis Herrschaft. In dieser polarisierten Atmosphäre wechselten sieben LDP-Minister zum ODM. Dies lähmte die Regierungsgeschäfte, das Kabinett kam während eines halben Jahres nicht zusammen, und das Parlament wurde vertagt.

Die Regierung räumte ihre Niederlage ein, nachdem 59 Prozent der abgegebenen Stimmen, ca. 3,6 Millionen Wähler, den Entwurf ablehnten. Das ODM wurde zu einer landesweiten politischen Massenbewegung, die die Hoffnungen der Kenianer auf eine vollständige Demokratisierung aufrechterhielt. Unglücklicherweise hat dies jedoch auch zur Folge, dass die in dem Verfassungsentwurf enthaltenen Verbesserungen für Frauen aufgrund der Ablehnung der Verfassung nun wohl kaum in naher Zukunft umgesetzt werden. Dazu zählen Besitzrechte, Rechte zur Familienplanung, positive Diskriminierung und politische Repräsentation.

Nach der demütigenden Niederlage im Verfassungsreferendum entließ der Präsident das gesamte Kabinett „mit der Aussicht, ein neues zu schaffen, das Effizienz und nationale Heilung verbessert.“^{xiii} In diesem entfernte er die sieben kritischen LDP-Minister, die dem ODM beigetreten waren, und blies das Kabinett mit inkompetentem Personal auf.^{xiv} Das erweiterte Kabinett war der Geschlechtergleichstellung abträglich, da der Präsident es versäumte, die Parlamentarierinnen zu berücksichtigen, die ihm während des Referendums zur Seite gestanden hatten.

In einer beispiellosen Demonstration von Prinzipientreue verweigerten drei der neu ernannten Minister und 14 Stellvertreter den Amtsantritt. Darunter auch Prof. Wangari Maathai, die ihre Wiederernennung als stellvertretende Umweltministerin nur unter der Bedingung akzeptierte, dass die Koalitionspartner zuerst über die nächsten Schritte in der Verfassungsreform sprechen und eine nationale Versöhnung beginnen sollten. Der Präsident vertagte die Parlamentssitzungen auf unbestimmte Dauer, um Zeit zu gewinnen und neue Strategien zu entwickeln, was schließlich mehr als vier Monate dauerte. Nach harscher Kritik von Seiten der Zivilgesellschaft und Oppositionsparteien an der Qualität des neuen Kabinetts führte die Regierung Leistungsverträge sowie Verhaltensgrundsätze für das Kabinett und hochrangige Beamte ein, doch es bleibt abzuwarten, inwieweit dies die Leistungen im öffentlichen Dienst verbessert und die Regierung den Bürgern gegenüber verantwortlicher macht.

Um weiter Zeit zu gewinnen, benannte die Regierung ein Komitee mit ausgewählten Personen unter Vorsitz von Bethwell Kiplagat, der schon in der somalischen Friedens- und Versöhnungskonferenz eine bedeutende Rolle gespielt hatte, um Gründe für die Ablehnung des Verfassungsentwurfs in den Reihen der kenianischen Bevölkerung zu erforschen. Dieser Auftrag glich jenem der ursprünglichen Verfassungsreformkommission. Das Kiplagat-Komitee beendete seinen Bericht im Mai 2006, doch die strittigen Themen blieben weiter ungelöst. Angesichts dieses Szenarios wird nun leider klar, dass die Verfassung auch 2007 das dominierende Wahlkampfthema bleiben wird. In den vergangenen fünf Jahren wurden fast sechs Milliarden kenianische Schilling für den Verfassungsreformprozess ausgegeben. Es wäre wohl sinnvoller gewesen, diese Mittel für Entwicklungsprojekte zu nutzen – insbesondere in anbetracht der Tatsache, dass der gesamte Prozess kein einziges Dokument zustande gebracht hat, das im ganzen Land und über politische Gräben hinweg Konsens hätte erzeugen können.^{xv}

Die Dynamiken politischer Parteien und mögliche Szenarien bis 2007

Heute ist die politische Landschaft Kenias durch zwei Lager gekennzeichnet: zum einen durch das ODM, bestehend aus KANU, LDP und der Labour Party of Kenya (LRK), zum anderen durch Narc Kenya, gestartet im Juni 2006 von Kibakis Verbündeten und bestehend aus den regierungsnahen Überbleibseln der ursprünglichen NARC. Zwei andere frühere Koalitionspartner der NARC, das Forum for Restoration of Democracy (Ford Kenya) und die National Party of Kenya (NPK) haben sich noch nicht entschieden, ob sie sich Narc Kenya oder dem ODM anschließen wollen.

Weiterhin bleibt auch unklar, wie LDP, KANU, Narc Kenya und ODM die politische Situation bis zu den Wahlen 2007 gestalten werden. Koalitionsbildung bleibt für kenianische Parteien eine große Hürde. Wie schon in unserem politischen Bericht 2004/ 2005 erläutert, sind Schwierigkeiten in der Koalitionsbildung auf die Bedeutung von ethnischer Zugehörigkeit, Persönlichkeiten und Gönnerschaft sowie die individuellen Präsidentschaftsabsichten ihrer Führer zurückzuführen. Es bleibt abzuwarten, welchen Einfluss das Gesetz zu politischen Parteien, das im 9. Parlament diskutiert werden soll und auf strukturierte Parteifinanzierungsmechanismen zielt, auf die Neuformulierung existierender Parteien einschließlich ODM haben wird. Denn ODM wurde bisher noch nicht in eine Koalitionspartei transformiert und von internen Machtkämpfen gezeichnet, da es kaum eine Führungspersönlichkeit gibt, die darauf verzichtet ihre Präsidentschaftsabsichten. Auch wenn KANU und LDP sich nicht auf einen einzelnen Kandidaten einigen können, arbeiten sie doch an einer möglichen Koalition sowie Machtverteilungsstruktur, während Narc Kenya noch sein Manifest und Aktionsprogramm ausarbeiten muss. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht^{xvi} zeigt, dass zur Zeit keine einzelne Partei oder individueller Kandidat die verfassungsmäßig nötige Mehrheit von 51 Prozent landesweit und 25 Prozent der Stimmen in fünf der acht Provinzen auf sich vereinigen könnte, um Präsident zu werden und eine Regierung zu bilden. Es wird nicht bestritten, dass Koalitionen die beste Möglichkeit für die Demokratisierung der kenianischen Politik sind, doch wie diese zu strukturieren und zusammenzuhalten bleibt bei der Vielzahl der konkurrierenden wirtschaftlichen, politischen und ethnischen Interessen die große Frage.

Zukunftsszenarien

Bis zu den nächsten Wahlen 2007 erscheinen drei Szenarien für die politische Entwicklung möglich bzw. wahrscheinlich. ^{xvii} Das erste wäre eine Fortsetzung der Regierungsgeschäfte mit den verbleibenden regierungsnahen Mitgliedern der NARC-Koalitionsregierung, ältere, konservative, ethnisch geneigte, mit Kibaki verbündete Politiker, die zahlenmäßig gerade genug Parlamentarier sind, um an der Macht zu bleiben. Diese Lösung wurde auch beim „Zusammenflicken“ der Regierung der Nationalen Einheit verfolgt und bietet zwar politische Stabilität, reduziert aber die Möglichkeit der Durchsetzung harter Reformmaßnahmen; ein solches Flickwerk aus Regierungsparteien ist somit Kenias Weg zu Wachstum und Wohlstand abträglich, was sich deutlich an der momentanen Situation zeigt.

Im zweiten Szenario gelänge es dem ODM, das vor allem aus jüngeren, gebildeteren und multiethnischen Führungspersönlichkeiten besteht, genug Parlamentarier aufzubieten, um einen Misstrauensantrag gegen die Regierung zu stellen und gleichzeitig schnelle Neuwahlen zu fordern. Das ist bisher nicht geschehen, weil das ODM sich mit dem Ziel gegründet hat, den Verfassungsentwurf zum Scheitern zu bringen, und nicht auf der Grundlage strukturierter, strategischer Aktionsprogramme oder Manifeste.

Das dritte und theoretisch günstigste Szenario für Kenias demokratische Entwicklung ist das Aufkommen einer neuen Koalition, die entschlossene Reformer sowohl aus der NARC als auch dem ODM vereinigt. Das wäre eine ähnliche Situation wie in der Entstehungsphase von NARC im Jahre 2002.

Das Korruptionsdilemma

Hinsichtlich des wichtigsten Wahlversprechens, die Korruption auszurotten, wurden gesetzliche Initiativen auf den Weg gebracht. So wurden das „Gesetz zur Ethik von Beamten“, das „Gesetz zu Wirtschaftsverbrechen und Korruptionsbekämpfung“, das „Gesetz zur öffentlichen Beschaffung“, das „Gesetz zur Anti-Korruptions-Kommission Kenias“, das „Gesetz zur nationalen Kommission für Menschenrechte Kenias“ und verschiedene Reformen angestoßen; so zum Beispiel das Programm zu Regierungsführung, Justiz, Recht und Ordnung im öffentlichen Bereich oder die Schaffung der Goldenberg-Untersuchungskommission und der Ndung'u-Kommission zu Landfragen, die große Korruptionsskandale aus der Vergangenheit untersuchen sollen. Dennoch haben diese Maßnahmen keine Erfolge im Sinne geringerer Korruption gezeitigt – im Gegenteil, die Korruption steigt.

John Githongo, früherer Anti-Korruptions-Experte bei Transparency International Kenya, der als ständiger Sekretär für Regierungsführung und Ethik Teil der großen Anti-Korruptionskampagne war, trat im vergangenen Jahr wegen Todesdrohungen und mangelndem politischen Willen im Kampf gegen die Korruption zurück. Dies war ein schwerer Schlag für die Glaubwürdigkeit der Regierung.^{xviii} Im März veröffentlichte Githongo Beweise, dass der Präsident von dubiosen Geschäften Kenntnis hatte, die ein Volumen von bis zu einer viertel Milliarde US-Dollar umfassten und als Anglo-Leasing-Skandal^{xix} bekannt wurden. Die zwielichtigen Machenschaften wurden von Verbündeten des Präsidenten organisiert, um Geld zusammenzutragen und die kritische LDP zu zügeln mit dem Ziel sowohl das Referendum als auch die Wahlen 2007 zu gewinnen. Auf öffentlichen Druck mussten die in den Skandal verwickelten Verbündeten ihre Posten räumen; neben dem Finanzminister auch der Minister für Justiz und Verfassungsangelegenheiten und der Bildungsminister. Die internationale Gemeinschaft reagierte wie erwartet: Die USA, die Niederlande und Deutschland froren ihre Entwicklungshilfe ein und verhängten Einreiseverbote für die genannten Personen.

Im Angesicht der nicht zu verbergenden Schwierigkeiten sinkt die Popularität des Präsidenten und seiner Regierung. Die Zustimmungswerte bewegen sich zurzeit im Rahmen von 20 bis 25 Prozent, verglichen mit der steigenden Beliebtheit des Spitzenkandidaten der LDP, Kalonzo Musyoka mit 33 Prozent. Andere ODM-Persönlichkeiten erfreuen sich ebenfalls hoher Zustimmungswerte.^{xx}

Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit

Die zurzeit größte Sorge der Kenianer ist die mögliche Auswirkung der politischen Konflikte auf den demokratischen Spielraum, den die Bevölkerung derzeit genießt. Seit dem Machtantritt der NARC-Regierung 2002 erfreuen sich die Kenianer eines offenen und toleranten Regierungssystems, das es in der Geschichte des Landes so bisher noch nicht gegeben hat. Der demokratische Freiraum zeigt sich in der Existenz von mehr als zwölf FM-Radiostationen, fünf Fernsehsendern und fünf großen Zeitungen. Die Meinungsfreiheit in den Medien geht so weit, dass ein Journalist einer lokalen Fernseh-

station ungehindert die Gattin des Präsidenten anklagen konnte. Solch ein Schritt gegen eine enge Verwandte oder sogar gegen Geschäftspartner der herrschenden Elite hätte während des früheren Regimes zu sofortigen Vergeltungsmaßnahmen geführt und in vielen afrikanischen Ländern ist die Pressefreiheit noch immer stark eingeschränkt^{xxi}.

Nicht zuletzt aufgrund der ihnen eingeräumten Freiheiten spielen die Medien eine große Rolle als Kritiker der Regierung und stellen somit fast die so genannte vierte Gewalt im politischen System dar; es kommt jedoch nach wie vor gelegentlich zu Übergriffen auf Medien und Zivilgesellschaft (s. u.). Der mühelose Zugang zu Medien, vor allem zu FM-Radiostationen, hat der kenianischen Öffentlichkeit einen wertvollen Kanal zum Ausdruck ihrer Meinungen beschert. Thematisiert werden nationale politische Fragen bis hin zu grundlegenden sozialen und ökonomischen Belangen. Dennoch war dieser neue Freiraum und die Ablösung der monolithischen Oligarchie der KANU-Partei, welche Kenias politische Sphäre jahrzehntelang dominiert hatte, auch mit neuen Herausforderungen bezüglich der ideologischen Positionierung und Orientierung verbunden, auf die weder die kenianischen Medien noch die Zivilgesellschaft angemessen vorbereitet waren. Die Notwendigkeit, sich diesen Herausforderungen zu stellen, trägt positiv zum Aufkommen einer Kultur tieferer Reflektion und Analyse von Ereignissen bei. So entstanden Think-Tank-Initiativen wie „Sayari“^{xxii}. Weitere Beispiele sind offene, themenbasierte Medienforen wie „Agenda Kenya“^{xxiii}, das kritische Radioforum „Crossfire“, welches aktuelle politische Ereignisse thematisiert, sowie das kürzlich entstandene „Show Down“. Die Zivilgesellschaft muss politisch aggressivere öffentliche Lobbytechniken anwenden – daher das Aufkommen neuer Lobbygruppen zur Verfassung wie „Katiba Watch“ und das „Yellow Ribbon Movement“.

Einengung des politischen Spielraums der Zivilgesellschaft

Da die öffentliche Diskussion in Kenia zunehmend kritischer wird, greift die Regierung vor allem mutige Tageszeitungen und Radiostationen sowie stimmungswaltigen Aktivisten und Organisationen der Zivilgesellschaft an. So versuchte die Regierung während des Referendums, durch die Schließung der Radiostation Kass FM, die in der Sprache Kalenjin sendet, abweichende Stimmen zum Schweigen zu bringen. Am 2. März überfielen Sicherheitskräfte der Regierung die Büros des „Standard“, schalteten die Druckerei ab und beschädigten Eigentum im Wert von mehreren Millionen kenianischen Schillingen.^{xxiv} Dieser beispiellose Angriff war der Höhepunkt einer nachhaltigen Kampagne mit dem Ziel, die freie Presse, welche Korruption und andere Exzesse der Regierung immer wieder bloßgestellt hatte, mundtot zu machen. Die Regierung nannte den Überfall eine Sache der nationalen Sicherheit. Der Minister für Information und Kommunikation hat außerdem gedroht, die Pressefreiheit durch ein drakonisches Medienregulierungsgesetz weiter einzuschränken, da „die Presse und die Zivilgesellschaft in einem unregulierten Umfeld agieren und weitgehend für das schlechte Image der Regierung im In- und Ausland verantwortlich sind.“^{xxv}

Scharf vorgegangen ist die Regierung auch gegen stimmungswaltige NGO's, wobei sie Verstöße gegen Sicherheitsbestimmungen als Grund angab. Im September 2005 verweigerte das Ministerium für innere Sicherheit die Verlängerung der Arbeitserlaubnisse des Direktors und zweier Mitarbeiter des Danish International Cooperation

Service in Kenia, angeblich „wegen Unterstützung subversiver Aktivitäten“^{xxvi} in Zusammenhang mit der sensiblen Landfrage. Mitglieder von Partnerorganisationen, einschließlich der Kenya Land Alliance, wurden belästigt. Die Lizenz der lokalen Bürgerinitiative OSILIGI wurde aufgehoben. Während des Referendums schüchterte die Regierung Organisationen der Zivilgesellschaft mit der Drohung ein, ihre Lizenzen bei Einmischungen in die Politik zu streichen. Dem Kabinett wurde ein Papier vorgelegt, das den NGO-Koordinierungsrat und NGO's unter die Zuständigkeit des Ministeriums für innere Sicherheit und den nationalen Sicherheitsdienst (NSIS) bringen soll.^{xxvii}

Daraufhin organisierten Institutionen wie der NGO-Rat, Parlamentarier, die kenianische nationale Kommission für Menschenrechte und lokale Organisationen Demonstrationen zur Presse- und Versammlungsfreiheit. Dies zeigt, dass die Zivilgesellschaft in Kenia weit davon entfernt ist, sich durch Einschüchterungsversuche seitens der Regierung beeindrucken zu lassen.

Sozioökonomische Situation

Trotz aller zeitweiligen Rückschläge auf dem beschwerlichen Weg zur Demokratie hat das sozioökonomische Jahreswachstum des Landes im Finanzjahr 2005 beeindruckende 5,8 Prozent erreicht und mehr als 400.000 Arbeitsplätze vorrangig im informellen Bereich^{xxviii} geschaffen. Dies ist eine enorme Verbesserung im Vergleich zu den negativen Wachstumsraten der Jahre 2001/2002 und zurückzuführen auf Steuerdisziplin, die Wiederbelebung der Bereiche Landwirtschaft, Kommunikation, Gartenbau und Tourismus sowie auf rechtliche Reformen und auf Reformen des Justiz- und Ordnungswesens. Auch Transferleistungen von im Ausland lebenden Kenianern bilden einen Faktor im Aufschwung Kenias. Die positive Entwicklung in den genannten Bereichen hat die wirtschaftliche Situation der Kenianer bei einer gemäßigten Inflationsrate von 12 Prozent verbessert.

Allerdings sind diese Erfolge aufgrund struktureller Bedingungen nicht bis in die ärmeren Haushalte der Gesellschaft vorgedrungen. Eine kürzlich durchgeführte Studie der Society for International Development, UNDP und dem Planungsministerium zeigt, dass die Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen in Kenia zu den zehn schärfsten in der Welt zählen. Geschätzte 56 Prozent der 30 Millionen Kenianer leben unterhalb der Armutsgrenze.^{xxix} Ökonomen zufolge muss die Wachstumsrate des Brutto sozialprodukts über 12 Prozent liegen, um zu den ärmeren Haushalten durchzudringen.

Die Uneinigkeiten in der Koalition haben auch das Wirtschaftsreformprogramm der Regierung verlangsamt, das auf Wohlstandssteigerung und Arbeitsplatzschaffung ausgerichtet ist. Die Korruption bleibt wahrscheinlich die größte Herausforderung in Kenia. Sie schwemmt diverse der seit 2003 erreichten Erfolge in Wirtschaft und Regierungsführung hinweg, obwohl zu ihrer Bekämpfung einige Institutionen aufgebaut und Gesetze erlassen wurden.^{xxx} Positiv ist jedoch anzumerken, dass verschiedene finanzielle Mittel innerhalb Kenias (einschließlich des Wahlkreisentwicklungsfonds) umverteilt wurden und dazu gedient haben, alle Wahlkreise im Land auf gleicher Basis zu entwickeln.^{xxxi} Allerdings bedarf der Verteilungsprozess dieser Mittel einer strukturellen Reform, um den Transfer poli-

tischer Einmischung und Patronage zu entziehen und die Gemeinden zu befähigen, diese Gelder und Projekte eigenständig zu managen.

Geschlechterbasierte Gewalt gestiegen

Die geschlechtsspezifische Gewalt hat zugenommen, vor allem in Form von Missbrauch und Vergewaltigung von Kindern.^{xxxii} Auch häusliche Gewalt hat zugenommen. Diese Entwicklungen ließen sich nicht durch das kürzlich diskutierte „Gesetz zu sexuellen Straftaten“ aufhalten, das von der Öffentlichkeit „Njoki-Gesetz“^{xxxiii} genannt wird und härtere Strafen sowie zusätzliche Definitionen von sexuellen Straftaten vorschlägt. Auch die Konferenz der Inter-Parlamentary Union (IPU) in Nairobi, die Diskussionen über sexuelle Gewalt auf ihre Tagesordnung setzte, konnte den Trend nicht stoppen. Positiv ist jedoch, dass die kontroverse Debatte um das „Gesetz zu sexuellen Straftaten“ geschlechterbasierte Gewalt in die Öffentlichkeit rückte. Durch die Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft leistet die Stiftung einen Beitrag zur Stärkung und zum Zugang zu Recht bei geschlechterbasierter Gewalt, vor allem durch das „Men to Men Network“ von FEMNET^{xxxiv} und die Coalition on Violence Against Women (COVAW).

Gedenken von Nairobi +21 – die Konferenz am 28. Juli 2006

Am Ende des Frauenjahrzehnts (1975 – 1985) wurde eine wichtige Konferenz in Nairobi abgehalten, genannt „Dritte Weltkonferenz zu Frauen“, die die erste internationale Frauenkonferenz auf afrikanischem Boden war. Die Erfahrungen und Einsichten, die während des Frauenjahrzehnts gesammelt wurden, wurden für die Nairobi Forward Looking Strategies (NFLS) dokumentiert. Im Zentrum der NFLS stand der Ruf nach Gleichstellung, Frieden und Entwicklung. Ziel war auch, die Frauen des Südens in der internationalen Frauenbewegung sichtbar zu machen und eine Führungsrolle in der Bewegung einzunehmen. NGOs und Frauenorganisationen analysierten sozio-ökonomische, politische und kulturelle Themen. Mit Nachdruck wurde die Forderung nach Frauen in Führungspositionen vertreten, und die Definition von Frauenbelangen wurde erweitert auf Bereiche wie wirtschaftspolitische Richtlinien, Umwelt, Menschenrechte, Bevölkerung, Armut, Beschäftigung, Lebensräume, Nahrung und Handel.

Die Beijing-Konferenz von 1995 setzte diese Entwicklungen fort. Sie gipfelte in der Beijing-Plattform (Beijing Platform of Action, BPFA), die in ihren Aktionsplan 12 wichtige Bereiche von Frauenbelangen einschloss. Diese Agenda wurde durch Beijing +5 und +10 erneut bekräftigt.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat über die Jahre den Prozess der Reflektion begleitet. Durch ihre Geschlechterforen hat die Stiftung zur kritischen Debatte um Beijing +10 und Nairobi +20 beigetragen und dabei die BPFA berücksichtigt. Zusätzlich zu ihren verschiedenen Programmen hat sie „Best Practices in the Women's Movement“ von den NFLS bis zu den Beijing-Prozessen zusammengetragen. Die Analyse ist nicht erschöpfend, gibt aber Aufschluss über die Praxis ausgewählter Organisationen

Die Projektpartner von Nairobi +21 (UNIFEM, Ford Foundation, CIDA – GESP, Urgent Action Fund, Africa Women's Development

and Communication Network (FEMNET), African Woman and Child Feature Services (AWC) und der nationalen Kommission für Geschlechter und Entwicklung) wollen nicht nur den 21. Jahrestag der Nairobi-Konferenz zu begehen, sondern in einer dreistufigen Struktur zu bewerten, was Nairobi war, was seitdem erreicht wurde und welche Probleme es hinsichtlich des Empowerment von Frauen gibt. Durch die rückblickende Bewertung des Prozesses und die damit verknüpften Zukunftsempfehlungen soll eine Verbindung zwischen den Generationen geschaffen werden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist in die Dokumentation des Prozesses und die vorbereitenden Aktivitäten von Nairobi +21 durch eigene Aktivitäten sowie über die kooperierenden Institutionen eingebunden. Einen weiteren Beitrag leistet die Heinrich-Böll-Stiftung durch ihre bereits etablierten und laufenden Geschlechterforen. Sie macht nicht nur das Projekt Nairobi +21 der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich und verständlich, sondern bietet auch eine Plattform für die Teilnahme an der Initiative, die Verbreitung von Informationen und für Diskussionen über die verschiedenen Aktivitäten. Zudem wird die Heinrich-Böll-Stiftung ihre in Auftrag gegebene Studie zu „Mapping of Best Practices in the Women’s Movement“ (s. o.) vorstellen. Des Weiteren wird eine Medienstrategie mit AWC über die Inhalte von Nairobi +21 und die Konferenz am 28. Juli arrangiert. Bisher haben Sitzungen mit erfahrenen Journalistinnen und leitenden Zeitungs- und Fernsehredakteuren stattgefunden, um sie mit strategischen Informationen zur Berichterstattung über die Veranstaltungen zu versorgen. Die Serie von Runden-Tisch-Gesprächen der Heinrich-Böll-Stiftung schließlich, die strategische Partner zusammenbringt, hat und wird weiter den Inhalt, die Methode und den Kontext des Projekts klarmachen und das Ergebnis von Nairobi +21 bestimmen.

Kenias Rolle in der Region

In der Vergangenheit war Kenia häufig an regionalen Konfliktlösungen beteiligt: Das Land war Gastgeber des sudanesischen Friedensprozesses, der zur Unterzeichnung des Umfassenden Friedensabkommens (CPA) zwischen den Kriegsparteien, der Konstituierung der sudanesischen Regierung und der Sudan People’s Liberation Movement/ Army (SPLM/A), und zum somalischen Friedensprozess führte, finanziert von der Europäischen Union. Kenia wird in diesem Zusammenhang weiterhin eine wichtige Rolle spielen, vor allem in Hinblick auf Somalia, wo die Union of Islamic Courts Mogadischu und weite Teile des Landes eingenommen und die von den Amerikanern unterstützten Milizen in die Flucht geschlagen hat. Während die Arabische Liga Verhandlungen zwischen der Übergangsregierung und den islamischen Gerichten über eine Machtaufteilung in Somalia initiiert hat, wird auch von Kenia angesichts seines Hintergrunds als erfolgreicher Friedensmakler ein Beitrag erwartet.

Die kenianischen Sicherheitskräfte haben in den vergangenen Wochen versucht, Gemeinden im Rift Valley und der nordöstlichen Provinz, die an Uganda, den Sudan, Äthiopien und Somalia grenzen, zu entwaffnen. Dies hat gemischte Reaktionen hervorgerufen: Einige argumentieren, die Entwaffnung würde die Gemeinden bewaffneten Plünderern der Karamojong aus Uganda und dem Südsudan, den Oromo aus Äthiopien und den Somalis gegenüber schutzlos ausliefern, während andere einwenden, dass der leichte Zugang zu Klein-

waffen die Unsicherheit in diesem Gebiet seit langem gefördert hat. Es ist noch zu früh, die Entwaffnung zu bewerten, da diese Gegenden seit langem vernachlässigt wurden und massiver Investitionen bedürfen, um alternative Lebensgrundlagen zu ermöglichen.^{xxxv} Die Heinrich-Böll-Stiftung hat ihren Partner NTDI-COPSO^{xxxvi} dabei unterstützt, die Führer dieser vernachlässigten Gemeinden zu Friedensgesprächen zusammenzubringen und die Gründe für den Konflikt zu analysieren.

3. Somalia: Die Probleme des Übergangs

Zusammenfassung

Somalia hat in seinen langwierigen Versöhnungs- und Wiederaufbaubemühungen eine wahre Achterbahnfahrt hinter sich. Der Jahresrückblick zeigt eine Situation, in der die Hoffnungen auf Befreiung durch die Bildung der Föderalen Übergangsinstitution (TFI) sich in völliges Chaos und Enttäuschung umkehrten, da diese zur Neuorganisation unfähig war. Daher brachen erneut gewalttätige Konflikte zwischen Warlord-Politikern und Milizen islamischer Gerichte in Mogadischu und Umgebung aus, Frauen und Kinder wurden abermals Tod und Verwüstung ausgesetzt, Überfälle an der somalischen Küste nahmen zu, ebenso ökologische und schließlich humanitäre Katastrophen – eine Rückkehr in jene Anarchie, die vor der Friedenskonferenz gewaltet hatte.

Zurzeit herrscht eine gespannte Atmosphäre. Die islamischen Gerichte üben eine friedliche Kontrolle über Mogadischu aus, unterstützt von weiten Teilen der Bevölkerung, doch mit an die Scharia angelehnten Zielen und einer unklaren Stellung gegenüber der Regierung von Präsident Abdullahi Yusuf. Hinzu kommen die zunehmende Einmischung von Seiten der USA, Äthiopiens und anderer sowie gegenseitige Anschuldigungen bezüglich terroristischer Verbindungen.

Internationale Organisationen versuchen in Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen, die Normalität wiederherzustellen. Das Joint Needs Assessment (JNA) Project der Geberländer zielt auf eine koordinierte Rehabilitierung und Entwicklung Somalias und verspricht, zum Jahresende umgesetzt zu werden. Viele andere Projekte, die mit der Heinrich-Böll-Stiftung in Verbindung stehen, leisten einen ähnlichen Beitrag zur Versöhnung und zum Wiederaufbau.

Hintergrund des Konflikts

Somalias zehn Millionen Einwohner sind zu 100 Prozent sunnitische Muslime. Das Land ist aufgrund seiner ungewöhnlichen ethnischen, kulturellen, religiösen und linguistischen Homogenität immer als Ausnahme in Schwarzafrika betrachtet worden. Dies führte vor der Unabhängigkeit des Landes zur Beschreibung Somalias als „Nation ohne Staat“. In seinem berühmten Werk „The Africans“ schrieb Professor Ali Mazrui: „Die meisten afrikanischen Länder bestehen aus verschiedenen Völkern auf der Suche nach einem Gefühl von natio-

nalere Identität. Die Somalis waren bereits ein Volk mit nationaler Identität auf der Suche nach territorialer Vereinigung.“xxxvii Doch die vergangenen 14 Jahre haben ein anderes Bild gezeichnet und die erwähnte Gemeinsamkeit verblassen lassen. Die gerühmte Homogenität führte zur Bildung von Clans, Nebenclans und politischen Abspaltungen. Die negative Verteilung hatte sowohl die Auflösung des Staates als auch der Nation und einen regelrechten Kollaps der somalischen Gesellschaft zur Folge. Nach dem Zusammenbruch des Regimes spalteten sich die gesellschaftlichen Gruppen zudem in ein verhängnisvolles System konkurrierender Clans auf. Die Reichweite des sozialen Zerfalls hat sowohl die einheimische Bevölkerung als auch Nicht-Somalis geschockt und alle Initiativen zur Lösung der Krise in Frage gestellt.xxxviii

Das Land hatte seit dem Kollaps des Regimes von Mohamed Siad Barre 1991 und dem darauf folgenden Bürgerkrieg keine funktionierende Regierung mehr. Im Bürgerkrieg kämpften verschiedene Konfliktparteien und Warlords um die Macht und zerstörten die wenige Infrastruktur und seltenen Entwicklungserfolge, die seit der Unabhängigkeit 1961 erreicht worden waren. Viele Somalis sind daraufhin in Nachbarländer geflohen, und jene, die sich nicht auf die Flucht begaben, mussten Armut, Krankheit, Unsicherheit, Dürre und Hunger sowie internationale Isolation erdulden. Seitdem haben 14 Friedenskonferenzen für Somalia stattgefunden. Den Ergebnissen jeder Konferenz folgten stets drei negative Entwicklungen: Die spontane Entwicklung politischer Konfliktparteien, die Verbreitung von Waffen und die Wiederaufnahme der Kämpfe.xxxix Außer der Arta-Friedenskonferenz in Dschibuti und der von der IGAD geführten Somalischen Friedenskonferenz unter Teilnahme von Dschibuti, Eritrea, Äthiopien, Kenia, dem Sudan, Uganda und Somalia sind alle Konferenzen frühzeitig auf Abwege geraten. Die letztgenannte, die im Oktober 2004 in Kenia zwischen den verschiedenen somalischen Klans, Organisationen der Zivilgesellschaft – vor allem Frauenorganisationen – und Warlords begonnen wurde, war die längste Initiative zur Lösung der Krise in Somalia. Sie endete mit der Wahl von 275 Mitgliedern des Föderalen Übergangsparlaments unter Präsident Abdullahi Yusuf Ahmed und Premierminister Ali Mohamed Gedi.

Probleme der Föderalen Übergangsregierung

Auch der von der IGAD ermöglichte Prozess litt unter den geschilderten Elementen der Konfliktentwicklung nach Konferenzen, denn die Föderale Übergangsinstitution stand sofort politischen Gräben in ihren eigenen Rängen gegenüber. Der Streit beruhte auf mangelndem Konsens über zwei grundsätzliche Themen: den vorläufigen Sitz der neuen Regierung sowie das Engagement einer Schutztruppe der Afrikanischen Union (AU), die die Nachbarstaaten (Äthiopien, Kenia, Uganda und Dschibuti) einschloss, obwohl es in der Vergangenheit historisch bedingte Grenzstreitigkeiten zwischen den Beteiligten gegeben hatte.

Daraufhin zerbrach die junge Übergangsregierung in zwei Gruppen, die eine geführt vom Präsidenten der Föderalen Übergangsregierung, die andere vom Sprecher des Parlaments. Die erste Gruppe ließ sich in der Stadt Jowhar nieder, während die andere auf einer Rückkehr nach Mogadischu, der früheren Hauptstadt, beharrte. Diese politischen Differenzen verzögerten den Wegzug der Regierung und der Parlamentarier aus Kenia. Bewegung kam erst in die Situation, als der Präsident und der Sprecher in Aden (Jemen) im Januar 2006 die

Aden-Deklaration unterzeichneten, die zwar freundschaftlich den gemeinsamen Umzug nach Baidoa beschloss, einer 240 km von Mogadischu gelegenen Stadt, von wo aus die Föderale Übergangsregierung aktiv war. Doch andererseits versuchte sie nicht, den bewaffneten politischen Akteuren in der TFI Einhalt zu gebieten. – eine Tatsache, die umso deutlicher wurde durch die Bildung einer Koalition für Frieden und Terrorismusbekämpfung durch in Mogadischu ansässige Warlords aus der TFI und unterstützt von den USA am 18. Februar 2006, welche den Boden für die folgenden blutigen Auseinandersetzungen bereitete.

Die Bildung der Terrorismusbekämpfungsgruppe steht im Widerspruch zur Föderalen Übergangschartaxl, die vorschreibt, dass „mit Beschluss der Somalischen Nationalen Versöhnungskonferenz in Kenia alle militärischen Organisationen, bewaffneten Gruppen und Konfliktparteien auf dem Gebiet der Somalischen Republik aufhören zu existieren und ihre Waffen der Föderalen Übergangsregierung auszuhandigen haben.“

Positiv ist jedoch, dass die Übergangsregierung ihre erste Parlamentssitzung innerhalb Somalias abgehalten hat und auf diese Weise alle gewählten Mitglieder sowohl aus Somalia als auch aus der Diaspora zusammenbrachte. Die Regierung hat die Parlamentssitzung jedoch sofort zugunsten von Beratungen und der Beilegung persönlicher Differenzen zwischen Parlamentariern vertagt, als klar wurde, dass ein Misstrauensantrag gegen Präsident Abdullahi Yusuf Ahmed geplant war. Auf der Sitzung genehmigte das Parlament den nationalen Sicherheitsplan, der eine externe Friedenstruppe einschließlich Soldaten von IGAD-Nachbarstaaten vorsieht – ein weiterer Grund für den erneuten Rückfall in den Konflikt.

Sicherheitslage in Südsomalia/Mogadischu

Seit der Ermordung eines der Gründungsmitglieder des Centre for Research and Dialogue (CRD) in Mogadischu, Abdulkadir Yahya Ali, im Juli 2005 sowie seit einem Angriff aus dem Hinterhalt auf den Konvoi des Premierministers bei seinem zweiten Besuch in der früheren Hauptstadt war die Situation im Lande äußerst explosiv.

Die ständigen Entführungen von Schiffen entlang der somalischen Küste verschärfen die ohnehin schon problematische Sicherheitslage. Die Überfälle haben internationale Aufmerksamkeit erregt, da die Vorkommnisse überdeutlich zeigen, welche ein Mangel an Recht und Ordnung in Somalia herrscht. Nicht nur sind humanitäre Versorgungsschiffe, beladen mit Nahrungsmitteln und Grundausstattungen, in wachsender Zahl erobert und festgehalten worden. Auch werden immer häufiger ausländische Fischfangschiffe aus dem Fernen Osten gesichtet, die illegal in den Gewässern des gesetzbüchlichen Staates fischen. Diese Schiffe sind von lokalen Kriminellen angegriffen worden, was Lösegeldzahlungen und Verhandlungen mit lokalen somalischen Führern um ihre Freilassung notwendig machte. Kenianische Besatzungen sind mehrfach bei humanitären Aktionen entführt und festgehalten worden.

Die Sicherheitslage hatte sich im Februar 2006 nach erneuten Kämpfen zwischen Islamisten und Warlords erneut verschlechtert. Der Konflikt ging von vier Ministern/ Ex-Warlords aus Mogadischu aus, die durch die erwähnte Organisation zur Terrorismusbekämpfung Kämpfe mit der Union of Islamic Courts anzettelten. Die Warlords

beschuldigten die Union of Islamic Courts des Extremismus und der Beherbergung flüchtiger internationaler Terroristen mit krimineller Vergangenheit. Die Union of Islamic Courts wiederum warf der Allianz vor, als unorthodoxe Agenten manipuliert von den USA eine Hasskampagne gegen den Islam zu führen.^{xli} Nach dreimonatigen Kämpfen in Mogadischu waren mehr als 350 Menschen zu Tode gekommen und 1700 verletzt. Wie in allen bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen waren Frauen und Kinder, die keinen Anteil an den Kämpfen hatten, die Hauptopfer.

Nachdem die Kräfte der Union of Islamic Courts im Juni 2006 mit massiver Unterstützung von den Somalis, Mogadischu und 80 Prozent des Landes eingenommen und alle Warlords in Mogadischu besiegt und vertrieben haben, hat sich die Sicherheitslage in Süd- und Zentralsomalia, vor allem in Mogadischu, temporär verbessert.

Entstehung der islamischen Gerichte

Die islamischen Gerichte (Islamic Courts) entstanden aus einer allgemeinen Unzufriedenheit über das zehnjährige Vakuum in der Regierungsführung in Mogadischu, um für Ordnung zu sorgen und auf dem Scharia-Recht basierende Lösungen zu liefern. Da kein alternatives Regierungssystem vorhanden war, wurden die Gerichte als freiwillige Hüter sozialer Ordnung sowie als Exekutivinstanz in einigen Teilen der Hauptstadt akzeptiert. Auf der anderen Seite sind die Warlords allgemein für ihre Verantwortungslosigkeit bekannt, wenn es um Grausamkeiten geht, um kompromisslose, selbstbezogene Politik, um Friedensprozesse und Rechtsstaatlichkeit in Somalia. Daher erfahren die herrschenden Warlords keine Unterstützung in der Bevölkerung.^{xlii} Die islamischen Gerichte hingegen erfreuen sich breiter Zustimmung; So benannten sie die Auseinandersetzungen mit den Warlords in „Volkes Urteil gegen die Warlords“ um. Aus diesem Grund hat die Allianz gegen Terrorismus frühzeitig aufgegeben. Dies könnte als allgemeines Urteil gegen Warlords bzw. für Stabilität interpretiert werden – geführt von der Union of Islamic Courts in Mogadischu. Die internationale Gemeinschaft einschließlich Äthiopien und insbesondere den USA haben allerdings mit Vorsicht reagiert. Sie weisen auf die Wahl konservativer Führer der islamischen Gerichte in wichtige Regierungspositionen sowie auf die Bedrohung hin, dass diese das Scharia-Recht in Somalia einführen sowie grundlegende Freiheiten und die bisher erreichten demokratischen Erfolge einschränken könnten. Noch besorgniserregender ist ein Punkt, auf den unsere Partnerorganisation Save Somali Women and Children (SSWC) aufmerksam gemacht hat: Wo Islamisten die Scharia als Regierungsstruktur einführen, werden der Status von Frauen geschwächt sowie die Anstrengungen von Frauenorganisationen im Friedens- und Versöhnungsprozess diffamiert und behindert. Auch das erfolgreiche Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung zur Förderung der politischen Beteiligung von Frauen im Land könnte gefährdet sein.

Am 5. Juni entließ die Übergangsregierung die besiegten Warlords aus ihren Ministerämtern, verurteilte ihre Handlungen und setzte Beratungen mit der Union of Islamic Courts an. Die Arabische Liga ermöglichte unter der Schirmherrschaft der sudanesischen Regierung im Juni erste Verhandlungen zwischen den islamischen Gerichten und der Übergangsregierung.^{xliii} Dennoch bleibt abzuwarten, ob freundschaftliche Lösungen für die Mogadischu-Krise aus diesem Treffen erwachsen, da beide Seiten einander misstrauisch gegenü-

berstehen. Die Übergangsregierung hat bedingungslose Forderungen gestellt: zum Beispiel wird verlangt, dass die islamischen Gerichte zuerst ihre Verwaltung anerkennen und die Kontrolle über Mogadischu und andere Gebiete im südlichen und zentralen Somalia aufgeben. Andererseits sind die Islamisten unzufrieden mit der kürzlich getroffenen Entscheidung der Übergangsregierung, Friedenstruppen ins Land zu bringen. Da die USA und ihre Verbündeten die Islamisten sogar beschuldigen, Beziehungen mit El-Kaida zu unterhalten oder gar Mitglied zu sein, herrscht nun eine beiderseitige Abwärtshaltung in Bezug auf Inhalt und Verfahren einer Lösung der Krise.

In Somaliland wurde im November 2005 ein Parlament gewählt. Die Regierungspartei Union of Democrats trat gegen die oppositionelle Kuliye (Solidaritäts) Party und die Welfare and Justice Party an. Auch wenn die Wahlen durch einige Zwischenfälle von Gewalt und Stimmbetrug überschattet wurden, beurteilten internationale Wahlbeobachter sie als friedlich und fair. Der amtierende Präsident Dahir Riyalle Kahin und seine Union of Democrats gewannen 33 der 82 Parlamentssitze, während die Kulmiye Party 28 und die Justice and Welfare Party 21 Sitze errangen. Die geringe Zahl weiblicher Kandidaten blieb weit hinter den Erwartungen zurück: Nur sieben von 246 KandidatInnen waren Frauen, und nur zwei wurden ins Parlament gewählt.

Zwischen der Opposition und der Regierung schwelt derzeit ein Konflikt wegen der Entscheidung des Ältestenrats (Gurti), seine Amtszeit zu verlängern. Der Rat, der als Oberhaus des Parlaments agiert, hat den Auftrag, Gesetze des Unterhauses zu begutachten, bevor sie die Genehmigung des Präsidenten erhalten. Er hat auch eine besondere Verantwortung für Gesetze zur Sicherheit, Religion und Kultur.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte die Dachorganisation NAGAAD, die aus 32 Frauenorganisationen besteht, u. a. bei der Entwicklung ihres Programms zur Erhöhung der Frauenbeteiligung an der Regierungsführung. Mit dieser Initiative sollen die politische Beteiligung von Frauen bei den Wahlen bewertet und Strategien für ein weiteres Vorgehen erarbeitet werden.

Puntland, die selbst erklärte autonome Region im Nordosten Somalias, nahm sein erstes Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm im November 2005 in Angriff, das die Zahl seines militärischen Personals reduzieren soll. Die vom UNO-Entwicklungsprogramm geförderte Initiative sollte bis Mitte 2006 die Sicherheitskräfte um 1000 Mann verringern und damit Mittel zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten freisetzen.

Laufende Planung für den Wiederaufbau und die Rehabilitation

Im November vergangenen Jahres begann das Joint Needs Assessment (JNA) Project, eine Initiative von Weltbank und UNO in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Planung und Internationale Zusammenarbeit der Übergangsregierung. Hier sollen Ziele, Methoden und ein Zeitrahmen zur Entwicklung eines Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramms diskutiert werden, um internationale Hilfe

in einem Fünf-Jahres-Rahmen zu mobilisieren und zu koordinieren. Dies steht im Einklang mit der Declaration of Principles, unterzeichnet von Premierminister Ali Mohamed Gedi und dem Repräsentanten des UNO-Generalsekretärs, Botschafter Winston Tubman, im Februar 2005, der festlegt, dass Vorbereitungen für ein langfristiges Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm sofort beginnen sollen. Die Folgen des Krieges sollen überwunden und ein neuer Ausbruch verhindert werden sowie die Prioritäten für Wiederaufbau und Entwicklung für die nächsten fünf Jahre formuliert und ihre finanziellen Eckpunkte auf der Grundlage der Millenniums-Entwicklungsziele formuliert werden. Das Projekt ist in sechs Bereiche untergliedert: Governance, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit; wirtschaftspolitischer Richtlinienrahmen und Datenentwicklung; Infrastruktur; soziale Dienste und Schutz hilfsbedürftiger Gruppen; produktive Sektoren und Umwelt; Existenzsicherung und Lösungen für die Vertriebenen. Zusätzlich gibt es drei übergreifende Themen: Versöhnung und Konfliktprävention, capacity und institution building (öffentlich und privat) sowie Anti-Korruptions-Initiativen; Geschlechter und Menschenrechte. Bisher hat das JNA Bestand aufgenommen, vorläufige Berichte vorbereitet und ist nun dabei, die Stichhaltigkeit dieser ersten Berichte in Workshops mit der Bevölkerung in Somalia zu überprüfen. Geplant ist, im späteren Verlauf dieses Jahres eine Konferenz mit verschiedenen Gebern einzuberufen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat ihren Beitrag durch Initiativen wie das National Civic Forum (NCF) geleistet, eine Zusammenkunft Intellektueller aus Somalia und der Diaspora, die ihrerseits zum Frieden, zur Versöhnung und zum Wiederaufbau beitragen wollen. Das Forum hat Expertenberichte zu folgenden Themen verfasst: Governance; Versöhnung und Sicherheit; Bildung und Kultur; Friedensprozess; Ökonomischer Wiederaufbau und Gesundheit. Diese Berichte sollen in einer Konferenz im August vorgestellt, durch die Medien in Somalia verbreitet und mit der TFI diskutiert werden.

Hinsichtlich der Entwicklungen in Somalia ist es entscheidend, die Dialogbereitschaft, ein Klima des Vertrauens und gemeinsamem Managements unter den Beteiligten aufrecht zu erhalten. Außerdem sollten die laufenden Verhandlungen zwischen der Union of Islamic Courts und der Übergangsregierung beobachtet werden, bei denen hoffentlich ein Einverständnis darüber erreicht wird, wie Somalia zu einer Nation wiederaufgebaut werden soll, die in Frieden mit sich und anderen ist.

4. Sudan: Eine Nation am Scheideweg

Zusammenfassung

Im Januar 2005 wurde in Kenia das historische Umfassende Friedensabkommen (CPA) zwischen Präsident Omar al Bashirs Regierungspartei National Congress Party (NCP) und John Garangs Sudan People's Liberation Movement/ Army (SPLM/A) abgeschlossen, das einen mehr als zwei Jahrzehnte währenden Bürgerkrieg in Afrikas größtem Land beendete. Mehr als zwei Millionen Menschen ließen ihr Leben, weitere Millionen wurden vertrieben. Das CPA führte zu einem Waffenstillstand und zur Einbeziehung der SPLM/A in die Regierung des Sudan, wo ihr Führer, Dr. John Garang, am 9. Juli 2005 als erster Vize-Präsident des Sudan vereidigt worden war. Eine

Regierung für den Südsudan sowie ein Abkommen zur Machtverteilung zwischen beiden Seiten wurden ebenfalls in Kraft gesetzt. Die Umsetzung des Abkommens hat begonnen, auch beim Aufbau von Institutionen der Übergangsregierung sind Fortschritte sichtbar. Doch spätere Entwicklungen deuten an, dass die NCP zögert, die Macht mit der SPLM/A zu teilen, vor allem nach dem tragischen Tod von John Garang im Juli 2005, der die nationalistische Demokratisierungsbewegung und die SPLM/A schwächte.xliv

Auf der Suche nach dauerhaftem Frieden in Darfur (Friedensabkommen I und II für Darfur) sind durch die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der NCP und einer Absplittierung der wichtigsten Rebellengruppe, der Sudanese Liberation Army (SLA), im Mai 2006 weitere Fortschritte erzielt worden. Dies war möglich trotz früherer Rückschläge bei den durch die Afrikanische Union (AU) organisierten Friedensverhandlungen in Abuja (Nigeria), wo die anderen Rebellengruppen des Justice and Equality Movement (JEM) und eine Gruppe der SLA die Unterzeichnung verweigerten. Zudem gibt es Hoffnung auf einen Frieden im Osten des Sudan, nachdem im Juni 2006 Verhandlungen zwischen der NCP und der Eastern Front (EF) begannen.

Dennoch: Die implizite Beteiligung der NCP an den Konflikten im westlichen Darfur und im Ostsudan, die brutale Unterdrückung einer Demonstration des Beja-Volkes in Port Sudan am Roten Meer, die Einengung des demokratischen Spielraums für die Parteien und die Zivilgesellschaft sowie die Unterstützung für Joseph Kony's Lord's Resistance Army (LRA), die im Südsudan und in Norduganda Verwüstung anrichtet, bedrohen die Erfolge im regionalen Friedensprozess. Hinzu kommt noch die Gefahr eines Übergreifens des Darfur-Konflikts auf den Tschad. Daher scheinen koordinierter und nachhaltiger Druck der internationalen Gemeinschaft, aber auch deren Unterstützung unerlässlich, um den Frieden im Sudan zu konsolidieren.xlv

Wachsende Skepsis über das Engagement der NCP, das Umfassende Friedensabkommen umzusetzen

Trotz einiger positiver Schritte gibt es wenig tief greifende Veränderungen in der politischen Landschaft und bei der Demokratisierung des Sudan. Die NCP hat nach dem Tod Garangs, der Südsudanese und Nationalist war, die interne Schwäche der SPLM/A und Lücken im CPA ausgenutzt, um die volle Umsetzung des Abkommens zu verzögern. Sie hat die Schlüsselministerien Energie und Bergbau, Verteidigung, Inneres, Finanzen und Justiz vereinnahmt und dominiert die Präsidentschaft sowie den Beratenden Ausschuss. Viele Südsudanesen und Vertreter der SPLM/A haben das Vertrauen in die NCP verloren.xlvi Dieser Vertrauensverlust schürte erneut politische Spannungen zwischen dem Norden und dem Süden.xlvii Doch die SPLM/A hat noch nicht wirksam auf die Manöver der NCP reagiert, vor allem weil sie sich noch in der Entwicklung ihrer Entscheidungsstrukturen befindet. Andere Konfliktpunkte sind die gemeinsame Verwaltung von Abyei, Süd-Kordofan und Blue Nile, die gerechte Verteilung der Öleinkommen.xlviii, die Einbeziehung von SPLM/A-Kadern in den öffentlichen Dienst, mangelnde Klarheit über die Aufgaben der sechs Kommissionen, insbesondere der Kommissionen für Landverteilung, Menschenrechte und Wirtschaft sowie das Festhalten an Gesetzen, die nicht zur Anpassung an die Übergangsverfassung aufgehoben wurden.xlix

Bezüglich des Militärs sind die anhaltenden Gerüchte über eine sudanesishe Unterstützung für die LRA und andere Milizen im Südsudan und der mangelnde Fortschritt beim formell vereinbarten Truppenrückzug aus der südsudanesischen Hauptstadt Juba Gründe zur Besorgnis. Die LRA hat während der vergangenen zwei bis drei Monate ihre Aktivitäten beträchtlich ausgeweitet, humanitäre Einsätze in diesen Gebieten gestört und bleibt somit eine Bedrohung der Hoffnungen auf Entwicklung und Wiederaufbau im Südsudan.^l

Innere Konflikte

Das CPA ist lediglich ein Abkommen zwischen zwei Seiten, der NCP und der SPLM/A. Es regelt nicht die politische und wirtschaftliche Stagnation im Ostsudan und im westlichen Darfur; daher haben sich die Konflikte in diesen Regionen verschärft. Die sudanesishe Regierung hat weiter grobe Menschenrechtsverletzungen durch Streitkräfte oder stellvertretenden Milizen wie die Dschandschawid in Darfur begangen.

Eskalierende Gewalt in Darfur: Darfur bleibt der schlimmste Konflikt herd auf dem afrikanischen Kontinent. Ungeachtet der Präsenz von AU-Friedenstruppen und der Annahme einer UNO-Sicherheitsresolution verschärfte die Dschandschawid im September ihre Plünderungen und Zerstörung von Dörfern, Vergewaltigungen und Tötungen.^{li} Die UNO schätzt die Zahl der seit Anfang Januar 2006 neu Vertriebenen auf 200.000. Zwei Millionen Menschen leben bereits in Notunterkünften.^{lii} In den vergangenen Monaten haben in Süddarfur 40.000 Menschen aus 300 Dörfern rund um die Stadt Gereida aus Angst ihre Häuser verlassen. Mehr als drei Millionen Menschen – die Hälfte der Gesamtbevölkerung der Region – sind in Darfur auf humanitäre Hilfe angewiesen, da der Konflikt ihre Existenz zerstört hat.^{liii} UNO-Beobachtern zufolge hat dies die sudanesishe Regierung verantworten. Ein im Dezember 2005 erschiener Bericht zeigt, dass hochrangige Regierungsbeamte, einschließlich des Präsidenten, sanktioniert und für Beihilfe zu Plünderung und Mord angeklagt werden sollten.^{liv} Dieser Konflikt könnte die gesamte Region destabilisieren.

Trotz Rückschlägen bei den Friedensverhandlungen in Abuja wurde am 6. Mai 2006 ein Friedensabkommen zwischen der Regierung und der Splittergruppe Menawi unterzeichnet. Letztere besteht hauptsächlich aus Angehörigen des Zaghawa-Volkes in der SLA. Eine andere Gruppe der SLA, die sich aus Angehörigen des Fur-Volkes zusammensetzt, und der kleinere Teil des JEM unterschrieb das Abkommen nicht. Grund sind hauptsächlich Abfindungsforderungen für betroffene Gemeinden und die Forderung nach Verurteilung derjenigen, die für Gräueltaten verantwortlich sind.^{lv}

Aus verschiedenen Gründen fand das Abkommen keine breite Zustimmung. Es spricht nicht die Ursachen der Probleme an, welche auf eine so genannte Darfur-Darfur-Konferenz aufgeschoben wurden, deren Zeit und Ort nicht feststeht. Eine Analyse der Abkommens durch das National Civic Forum (NCF), einem Partner der Heinrich-Böll-Stiftung, stellt fest, dass das Abkommen die großen Volksgruppen wie die Baggara und die Rezeigat unberücksichtigt lässt, die zwar nicht Teil des Konfliktes sind, aber Interesse am Frieden in Darfur haben. Immer wieder hat es im Sudan Demonstrationen gegen den Waffenstillstand gegeben, und der UNO-Sondergesandte für Darfur, Jan Pronk, geriet unter großen Druck,

die sudanesishe Regierung zu Neuverhandlungen mit den Rebellen Gruppen der SLA und der islamistischen JEM für ein umfassenderes Abkommen zu bewegen.^{lvi}

Die bei weitem größten Streitpunkte zwischen der sudanesischen Regierung und der UNO sind der Einsatz einer internationalen Friedenstruppe, um die mit 7000 Mann personell unterbesetzte und überforderte AU-Truppe zu ersetzen, sowie die Entwaffnung der Dschandschawid-Milizen. Obwohl sie in Artikel 7 der UNO-Charta entschieden waren, sind sie trotz Bitten der internationalen Gemeinschaft nicht umgesetzt worden.^{lvii}

Marginalisierung des östlichen Sudan: Im Februar 2005 ist eine Rebellen Gruppe mit dem Namen Eastern Front (EF) gegründet worden, bestehend aus Rebellen des Beja Congress, einer ethnisch basierten Gruppe aus den Bergen am Roten Meer, und den Free Lions, unterstützt von der Rashaida-Gemeinde der östlichen Ebene. Die Bewegung hat Verbindungen zur SPLM/A und der JEM sowie genießt große Unterstützung aus Eritrea. Sie kämpft vorrangig für Entwicklung ohne religiöse oder ethnische Dimensionen. Gemäß dem CPA war die SPLM/A verpflichtet, zum Januar 2006 seine Soldaten aus dem östlichen Sudan abziehen. Einigen Analysten zufolge hätte das die Region den Regierungstruppen schutzlos ausgeliefert, was eine neue humanitäre Krise hätte einleiten können. Dies war aber nicht der Fall, und die Friedensverhandlungen zwischen der sudanesischen Regierung und der EF haben am 13. Juni 2006 begonnen. Da dieser Konflikt nicht so komplex wie der in Darfur ist, besteht die Hoffnung, dass er bald gelöst wird. Eritreas Rolle ist hier entscheidend, da das Nachbarland ein besonderes Interesse an einer Beilegung des Konfliktes hat, denn so könnte es das Anwachsen einer islamischen Opposition, die mit der Bashir-Regierung zusammenarbeiten und dem eigenen Regime von Afeworki in Asmara entgegenwirken würde, verhindern.

Einengung des politischen Spielraums für die Zivilgesellschaft

Die wichtigste Entwicklung war die Verfügung eines neuen drakonischen Gesetzes im August 2005, das die Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft im Sudan erheblich einschränkt. Ihre Arbeit unterliegt nun den Anweisungen eines Ministers, der jede Person oder jedes Programm ohne Vorwarnung oder Möglichkeit des Einspruches verbieten kann. Die Zivilgesellschaft mobilisierte ihre Unterstützer gegen dieses Gesetz und brachte das Gesetz vor das Verfassungsgericht, da es die Übergangsverfassung verletzt. Die Regierung reagierte mit der Auflösung des Verfassungsgerichts und hat noch kein neues ernannt. Das Gesetz wurde dann an die Nationalversammlung übergeben. Die Bürger sind – mit begrenztem Erfolg – an ähnlich gesinnte Parlamentarier herangetreten, damit diese das Gesetz aufheben. Die NCP hat die Mehrheit im Parlament, was die Befürwortung des Gesetzes sichern könnte, doch einige SPLM-Parlamentarier versprachen, dass der erste Vize-Präsident, Salva Kiir, sein Veto einlegen wird. Es bleibt abzuwarten, ob das passiert.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat im Sudan das National Civic Forum, ein Netzwerk von Intellektuellen, unterstützt, um ein Forum zu bieten, sich beständig mit der neuen politischen Entwicklung auseinander zu setzen und an Diskussionen über Frieden, Kultur und Umwelt teilzunehmen. Dies soll die Zivilgesellschaft auf ihrem Weg zu einer Kultur des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung stärken.

Nichtfunktionierende politische Parteien

Da sich der demokratische Spielraum in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten durch Einschüchterungen und Belästigungen von Seiten der NCP verengt hat, war die politische Organisation und Beteiligung gering, so dass politische Parteien verkümmert blieben. Trotz großer Schwierigkeiten organisiert sich die SPLM langsam neu und entwickelt sich von einer Rebellenbewegung zu einer Regierungspartei, sowohl für den gesamten Sudan als auch für den Südsudan. Die anderen kleinen politischen Parteien, einschließlich der Democratic Union Party (DUP), Umma, Baathists und Naasrites, hatten begrenzten Zugang zu Teilen des Landes, haben keine solide Mitgliederbasis und erlitten Spaltungen. Außerdem hat keine Partei ausreichende Ressourcen, um ihre Programme durchzuführen. Das Aufkommen bewaffneter Bewegungen ging hauptsächlich auf Kosten der alten Parteien, vor allem Umma im Westsudan und DUP im Norden und Osten.

Es ist wahrscheinlich, dass die NCP die Mehrheit in den Wahlen in der Übergangsperiode (2007) erringt, es sei denn, die anderen Parteien planen einen radikalen Schritt wie etwa eine Koalition. Die Eastern Front wird im Osten die Unterstützung für die DUP untergraben, die Rebellenbewegungen im Westen die für die Umma Party.

Sudans Beziehungen zu seinen Nachbarn

Am wichtigsten war die Gastgeberschaft Sudans für das Treffen der Staatsoberhäupter der Afrikanischen Union im März 2006 in Khartoum, wo eine Diskussion darüber ausbrach, ob Präsident Bashir angesichts seiner anhaltenden fragwürdigen Regierungsführung und der Menschenrechtsverletzungen durch seine Regierung für den Vorsitz der AU geeignet sei.^{lviii} Die Zivilgesellschaft spielte eine große Rolle bei der Ablehnung seines Vorsizes und zitierte maßgebende Berichte über seine Ausschreitungen im Südsudan, Darfur, dem Osten und Norden sowie die Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der Medien. Um Bashirs Gesicht zu wahren, wählten die Staatsoberhäupter den Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik, Dennis Sassou Nguesso, zum Vorsitzenden und vertagten die Entscheidung über Bashirs Vorsitz auf die nächste Sitzung.^{lix} Dies zeigt, dass sudanesishe und afrikanische Bürger führend darin sind, Regierungen an ihre Verantwortung gegenüber nationalen und regionalen Vereinbarungen zu guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit zu erinnern.

Ende vergangenen Jahres vereinbarten die Regierungen des Sudan und Ugandas, Rebellenaktivitäten in beiden Ländern sowie zunehmende grenzüberschreitende Überfälle zu zügeln. Mit der Zusage an Uganda, Joseph Kony's LRA aus dem Südsudan zu vertreiben, hat sich das Verhältnis zwischen den beiden Ländern stetig verbessert, auch wenn viele Sudanesen glauben, dass Uganda an Garangs Tod schuld ist. Allerdings hat Berichten zufolge Riek Machar, erster Vize-Präsident des Südsudan und Kommandant der SPLM/A, angedeutet, dass er Kony und drei seiner Oberkommandanten weder festnehmen noch ausliefern wird, solange die LRA keine Südsudanesen angreift.^{lx} Die Regierung scheint ihr Verhältnis zu Eritrea gezwungenermaßen verbessert zu haben, da dies unabdingbar für Verhand-

lungen mit der Eastern Front ist, obwohl offenbar nicht alle Regierungsmitglieder damit einverstanden sind.

Das Verhältnis zum Tschad ist auf dem Tiefpunkt, da der Tschad dem Sudan vorwirft, Rebellen gegen die Regierung von Präsident Debby zu unterstützen. Die Angelegenheit wurde sogar im UNO-Sicherheitsrat diskutiert.^{lxi} Die Beziehungen zu Ägypten, Äthiopien und Kenia verbessern sich aus verschiedenen Gründen: Kenia spielte die Schlüsselrolle im Friedensprozess und beim CPA, Ägypten unterstützt den Sudan in der Darfur-Krise, Äthiopien teilt die Interessen in Bezug auf Eritrea und ist außerdem ökonomisch von Belang.

5. Uganda: Ringen mit einem Mehrparteiensystem

Zusammenfassung

Politisch begann das Jahr mit einer Kabinettsumbildung. Beobachtern zufolge hat Präsident Yoweri Museveni, der das Land seit einem Militärputsch 1986 regiert, sich hierbei mit loyalen Gefolgsleuten umgeben, die einer Verfassungsänderung zur Aufhebung der Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten nicht widersprechen würden. Diese Verfassungsänderung rief Besorgnis bei mehreren Geberländern hervor wie Irland, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und Großbritannien, die Entwicklungsgelder zurückzogen. Das Parlament hob im Juni 2005 schließlich die Begrenzung der Amtszeit auf. Die Bevölkerung stimmte im Juli in einem Referendum in überwältigender Mehrheit für eine Rückkehr zum Mehrparteiensystem, und im Februar 2006 wurden die Wahlen abgehalten. Museveni gewann mit 59 Prozent der Stimmen.

Dennoch geriet die Regierung in scharfe Kritik für die Festnahme des Kandidaten der Opposition, Kiiza Besigye, im November 2005, nur drei Wochen nach seiner Rückkehr aus dem Exil in Südafrika. Besigye, früher Musevenis persönlicher Arzt, wurde angeklagt, eine Rebellengruppe anzuführen – die People's Redemption Army – mit Sitz in der DR Kongo, außerdem der Vergewaltigung, des Terrorismus und des Besitzes illegaler Waffen.

Die Regierung erfuhr einen Rückschlag gegen Jahresende, als der Internationale Justizgerichtshof Uganda für schuldig befand, durch seinen Einmarsch in die DR Kongo 1997 Menschenrechte verletzt und das Land ausgeplündert zu haben. Uganda muss bis zu 10 Milliarden US-Dollar Schadensersatz zahlen. Kritisiert wurde Uganda zudem für die Schließung einer Radiostation und die Festnahme eines Journalisten unter der Anklage der Aufwiegelung sowie für die Einreiseverweigerung für einen kanadischen Journalisten. Der Global Fund to Fight AIDS, TB and Malaria hat alle Hilfe für Uganda aufgrund von "Beweisen von schwerem Missmanagement" von Geldern gesperrt. Dieser Schritt gipfelte später in der Entlassung des Gesundheitsministers und seiner zwei Stellvertreter.

Die bereits schreckliche humanitäre Situation im Norden hat sich durch fortwährende Unsicherheit in diesem Jahr weiter verschlechtert. Sie behinderte die Vorbereitungen für die Rückkehr von Flüchtlingen aus der DR Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, dem Sudan und aus Uganda selbst.

Der seit 20 Jahren währende Krieg zwischen der Lord's Resistance Army (LRA) und der ugandischen Regierung, dazu die politischen Turbulenzen wegen der bevorstehenden allgemeinen Wahlen, machten das Jahr 2005 – 2006 zu einem schwierigen für Uganda. Der Internationale Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag erließ Haftbefehle gegen fünf Befehlshaber der LRA, einschließlich des Kommandanten Joseph Kony. Obwohl dieser Schritt weithin Beifall fand, bedrohte er doch den ohnehin zerbrechlichen Friedensprozess mit der Regierung.

Musevenis Gnadenverlust

Zu Anfang des Jahres begann Präsident Museveni s, eine Verfassungsänderung vorzubereiten, die mehr als zwei präsidentiale Amtszeiten ermöglichte, was ihm erlaubte, bei den Wahlen 2006 erneut zu kandidieren. Im Rahmen seines seinem Projektes „Präsidentschaft auf Lebenszeit“ wurden Parlamentarier, hauptsächlich aus dem Lager des National Resistance Movement (NRM), bestochen, die verfassungsmäßige Grenze der Präsidentschaft von zwei Amtszeiten (jeweils fünf Jahren) abzuwählen.^{lxii} Gleichzeitig nahm die Regierung Oberst (i. R.) Kiiza Besigye^{lxiii} fest, den Führer des oppositionellen Forum for Democratic Change (FDC), der weithin als Musevenis größter Herausforderer in den Präsidentschaftswahlen im März 2006 betrachtet wurde. Dies nur wenige Wochen, nachdem er aus dem selbstgewählten Exil aus Südafrika zurückgekehrt war. Dies lähmte massiv seine Chancen, eine produktive Wahlkampagne durchzuführen. Dass die Vorwürfe erfunden waren, zeigte der Freispruch kurz nach den Wahlen.

Die ersten Mehrparteienwahlen wurden schließlich im Februar 2006 abgehalten. Die Sicherheitsvorkehrungen waren streng: 12000 Polizisten und Soldaten waren landesweit im Einsatz, und nur wenige Fälle von nicht eingetragenen Wählern im Wählerregister sowie gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Unterstützern der Regierung und der Opposition wurden gemeldet. Die Wahlkommission erklärte Museveni mit 59 Prozent der Stimmen zum Sieger, während sein Hauptherausforderer Besigye 37 Prozent der Stimmen erhielt. Die NRM gewann außerdem zwei Drittel der Sitze im Parlament.

Besigye stellte das Wahlergebnis sofort in Frage und wies auf „weithin reichende Unregelmäßigkeiten und Fälschung der Ergebnisse“ hin. Sein Antrag wurde mit einer knappen 4:3-Mehrheit vom Obersten Gerichtshof zurückgewiesen. Der Gerichtshof lehnte außerdem Besigyes Antrag auf eine erneute Auszählung der Stimmen oder sogar Neuwahlen ab. Auch wenn der Gerichtshof eingestand, dass es Unregelmäßigkeiten während der Wahl gegeben hatte, gab es nach Ansicht des Gerichtshofes keine Beweise dafür, dass die Unregelmäßigkeiten die Ergebnisse massiv beeinträchtigt hätten. Dies beendete alle Hoffnungen auf eine Entschädigung.

Seit 1996 erlebte Uganda drei Wahlen. Die ersten fanden 1996, zehn Jahre nach Amtsantritt Musevenis, statt, in denen weder er noch sein Regime einem allgemeinen Stimmrecht unterworfen waren. Diese und die Wahlen von 2001 wurden unter dem Kein-Parteien-System durchgeführt, in dem „individuelle Leistungen“ die Basis für eine Kandidatur bildeten. Parteien wurden durch den berichtigten Verfassungsartikel 269 unter dem Vorwand reglementiert, dass sie für eine schlechte Regierungsführung, für Sektierertum, Konflikte und Unterentwicklung verantwortlich seien – was Uganda zu einer verkleideten zivil-militärischen Ein-Parteien-Autokratie verhalf. Artikel 269 wurde in Ugandas erstem Referendum im Juli 2005 aufgehoben. Mit dem Referendum unterstützten 92,5 Prozent der Wähler die Reformen, die ein Mehr-Parteien-System forderten. Diesen Schluss ließen die Ergebnisse aus 99,6 Prozent der Wahllokale zu. Leider wurde das Referendum von der Opposition boykottiert.^{lxiv}

Nach dem Tod von Dr. John Garang, der mit einem angeblich defekten ugandischen Hubschrauber auf dem Weg von Uganda in den Südsudan abstürzte, begann die Regierung einen regelrechten Krieg gegen die Medien, schloss Radiostationen und nahm Journalisten unter Aufwiegelungsvorwürfen fest, da diese die Unfähigkeiten, die zu Garangs Tod geführt hatten, angeprangert hatten. Einem kanadischen Journalisten, der für das Magazin „Economist“ arbeitete, wurde die Einreise nach Uganda verweigert, nachdem Behörden seine frühere Berichterstattung in Frage gestellt hatten. Sie zeigten damit ein Maß an Intoleranz gegenüber Kritik, das es nie zuvor gegeben hatte.

Nach dem Korruptionswahrnehmungsindex 2005 von Transparency International gehört Uganda zu den korruptesten Staaten weltweit. Dies und die kürzlich verhängte Sperre von Hilfgeldern durch den Global Fund to Fight AIDS, TB and Malaria in Höhe von 367 Millionen US-Dollar haben die einst glänzende Reputation der „Perle Afrikas“^{lxv} getrübt. Um sich freizukaufen, hat Museveni eine juristische Untersuchungskommission einberufen, die eine angebliche Beeinflussung durch Jim Muhwezi, den Gesundheitsminister, bei der Verwaltung der Gelder ausmachte. Seine beiden Stellvertreter wurden ebenfalls der Mittäterschaft bei Betrugereien beschuldigt. Der Minister und seine Komplizen wurden in einer Kabinettsumbildung im Mai 2006 abgesetzt.

Sicherheitslage

Seit Jahresbeginn war die Sicherheitslage im Norden Ugandas gefährlich. Joseph Kony's LRA führte militärische Angriffe durch, tötete und entführte sowohl lokale als auch internationale Hilfsarbeiter im nördlichen Teil Ugandas, aber auch im Südsudan. Der Konflikt erhält nun eine internationale Dimension, da Milizionäre der LRA angeblich der gemeinsamen Verfolgung durch die südsudanesischen und ugandischen Regierungen entkommen und in die benachbarte DR Kongo geflohen sind.

Der Internationale Strafgerichtshof^{lxvi} hat inzwischen Haftbefehle gegen die Führung der LRA erteilt. Das war angesichts der Gräueltaten an der Zivilbevölkerung beider Staaten überfällig.

Der Druck, die Uganda-Krise zu lösen, wächst. Die LRA hat im Mai 2006 die weiße Fahne geschwenkt: In einer Videoaufzeichnung in der er zum Ausdruck bringt, dass die LRA bereit sei, „über Frieden

zu sprechen und den Krieg auf einem guten Weg, nicht mit Gewalt zu beenden“ wendet sich Joseph Kony an eine Delegation der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung/ -armee (SPLA/M), geführt vom südsudanesischen Vizepräsidenten Riek Machar. Es ist nicht das erste Mal, dass die LRA vorgeschlagen hat, mit der Regierung zu verhandeln. Die Museveni-Regierung hat das Friedensangebot erneut ausgeschlagen und argumentiert, dass die Regierungen des Sudan, der DR Kongo und die UNO-Mission im Kongo (MONUC) die Rebellen stattdessen festnehmen sollten.^{lxvii} International hält sich aber der Eindruck, dass Museveni die Krise nicht lösen will.^{lxviii} Seine Drohung an die LRA unmittelbar nach deren Friedensangebot, sie solle sich bis Ende Juli 2006 ergeben, andernfalls werde sie sich einer regionalen Streitmacht gegenüber zu sehen, die aus ugandischen, ruandischen und kongolesischen Streitkräften, Soldaten von MONUC und der SPLA bestehe, verkompliziert die Situation weiter. Ein UNDP-Bericht von 2004 argumentiert, dass die Verlängerung des Konflikts teilweise der Konflikt-Unternehmenskraft von Kommandanten der Ugandan People's Defence Force (UPDF) und anderen mit Beziehungen zum Staat zuzuschreiben ist, die den Konflikt genutzt haben, politische, wirtschaftliche, diplomatische und militärische Unterstützung von Geberländern, vor allem den USA, zu bekommen.

Analysten zufolge ist die derzeitige Beteiligung der USA der Hauptgrund für Konys letztes Friedensangebot: Dem stellvertretenden US-Außenminister Jendayi Frazer, zuständig für afrikanische Angelegenheiten, zufolge ist die Festnahme Konys eines der Hauptziele der Bush-Regierung. Doch es bleibt abzuwarten, inwieweit der internationale Druck Früchte trägt.

Ethnische Spannungen: Die bereits prekäre Situation wird durch einen Grenzkonflikt zwischen den Karamajong in Uganda und den Pokot und Turkana in Kenia noch verschärft, der bereits ein Jahrzehnt dauert. Die häufigen Viehdiebstähle zwischen den Ethnien kosten auf beiden Seiten zahlreiche Menschenleben und hinterlassen zerstörten Besitz. Das Blutbad hat sich noch verschlimmert, seit die Krieger traditionelle Waffen wie Pfeil und Bogen gegen illegal erworbene Schusswaffen eingetauscht haben. Wie Kenia will auch die ugandische Regierung die Karamajong mit Gewalt entwaffnen, was allerdings nur den Preis und die Nachfrage nach illegalen Waffen steigert.

Ausblick

Die Aussichten für ein künftiges Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung in der Region bleiben relativ günstig. Dazu gehören Themen wie regionaler Friede und Sicherheit, Governance und wirtschaftspolitische Initiativen der EAC, NEPAD, IGAD und AU, begleitet von Beiträgen der Zivilgesellschaft, von Intellektuellen und Gelehrten. Aber einige Szenarien wie der hartnäckige Konflikt in Somalia und das Erstarken ideologischer Akteure könnten die bisherigen Erfolge der Programme und Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung in Frage stellen.

In Kenia werden die langwierigen Debatten zur Verfassungsreform, Korruption und Regierungsführung im kommenden Jahr weiter Gegenstand öffentlichen Interesses sein, vor allem im Hinblick auf die geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2007. Das Regionalbüro wird auf die bereits begonnenen Initiativen zur Verfas-

sungsreformagenda aufbauen. Es wird aber nicht nur Aktivitäten der Zivilgesellschaft unterstützen, die einen transparenten und umfassenden Verfassungswandel verfolgen, sondern vor allem die Interessen von Frauen vertreten, die in dem im November 2005 abgelehnten Verfassungsentwurf eingeschlossen waren. In ähnlichen synergistischen Anstrengungen werden die Programme zum Empowerment und politischer Partizipation von Frauen verstärkt, wie es in dem Projekt „Frauen in Führungspositionen“ vorgeschlagen ist. Darin werden gegenwärtige und künftige weibliche Führungskräfte aus wichtigen Bereichen vor den Wahlen identifiziert und gestützt. Dies wird eine Aktualisierung der „Mapping of Best Practices in the Women's Movement“ im Berichtsjahr sein. Gleichzeitig wird die Heinrich-Böll-Stiftung, den anfänglichen Anstrengungen des „Name and Shame Corruption Network“ (NASCOM) folgend, sich in Anti-Korruptions-Initiativen engagieren, wobei staatliche wie nichtstaatliche Akteure und Institutionen zu fördern sind. Wegen der katastrophalen Auswirkungen der Dürre wird die Heinrich-Böll-Stiftung ihre Programme auf laufende Anstrengungen zu alternativen Energieoptionen wie Wasserkraft, Solarenergie und Geothermie sowie Verbindungen zwischen Regierungsführung, Klimawandel und Verstepung ausrichten. Mit dem zunehmenden Fokus auf Öl in der IGAD-Region wird die Heinrich-Böll-Stiftung auch die möglichen Effekte bedenken, die auf die beteiligten Staaten im Hinblick auf Frieden und Sicherheit sowie wirtschaftlichen Wohlstand zukommen könnten, wenn man die traurigen Beispiele des nigerianischen Öldeltas und Iraks in Betracht zieht.

Das ständig wechselnde Szenario in Südsomalia, vor allem die Besetzung Mogadischus und seiner Umgebung durch die jetzt dominierende Union of Islamic Courts, ihre Ausrichtung auf die Scharia und die glanzlose Leistung der Übergangsregierung, bietet eine ungeheure Herausforderung für die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung zu sozialer Gerechtigkeit und die Förderung der politischen Partizipation von Frauen – ein Faktor, der ein Umdenken in Strategie und Umsetzung erfordern könnte. Ein Hoffnungsschimmer bleibt Somaliland mit der Leistung von Frauen bei den kürzlich beendeten Parlamentswahlen, die eine Grundlage für weitere Arbeit bietet. Die Heinrich-Böll-Stiftung will diese Anstrengungen unterstützen. So z.B. bei der geplanten Konferenz des National Civic Forum Somalias im August 2006, die Intellektuelle und Wissenschaftler zum Brainstorming über Versöhnung und Wiederaufbau in Schlüsselbereichen zusammenbringt.

Die Situation im Sudan bleibt prekär, da die Umsetzung des Umfassenden Friedensabkommens nur schleppend begonnen hat und der Konflikt in Darfur weiter ungelöst ist. Die Zusammenarbeit mit dem National Civic Forum des Sudan, das die Versöhnung zwischen Norden und Süden und die Darfurkrise analysiert, wird fortgesetzt. Es besteht ein großer Bedarf auf Seiten südsudanesischer Frauenorganisationen, dass die Heinrich-Böll-Stiftung ihre regionale Erfahrung nutzt, um Geschlechterthemen im kriegszerrütteten Gebiet anzusprechen.

Die jüngste äthiopische Erfahrung der Demokratisierung hat Aktivitäten um „Akteure der Demokratie“, einer vom neuen Landesbüro der Heinrich-Böll-Stiftung am 27. Juni 2006 in Addis Abeba veröffentlichten Studie, Aufschwung gegeben. Zusätzliche Tätigkeiten werden sich um die Ergebnisse der Studie drehen. Im Bereich Umwelt soll die Verbindung zwischen Governance, Klimawandel und Dürre erkundet werden, rückblickend auf die jüngste regionale Dür-

rekatastrophe. Ein Engagement auf der regionalen und subregionalen Ebene durch die 12. Parteienkonferenz des UNO-Forums zum Klimawandel, geplant für November 2006 in Nairobi, ist angedacht.

Auch wenn die Heinrich-Böll-Stiftung in Uganda nicht mehr aktiv ist, beeinflusst das Land doch die Beziehungen seiner Nachbarn und wurde daher in diesem Bericht bewertet. Die erste auf einem Mehrparteiensystem basierende Präsidentschaftswahl, durch die Museveni sich in Manövern den Erhalt und die Erweiterung seiner Macht für eine nächste Amtszeit sicherte und seinen Nepotismus klar zum Ausdruck brachte, hat seinem Stand in den Augen der Ugander und der internationalen Gemeinschaft geschadet - was ihm weiter mehr Feinde als Freunde einbringen wird. Jede nächste Wahl wird den Abstand zwischen ihm und seinem stärksten Konkurrenten verkürzen, mag aber andererseits bei Museveni gegenüber seinen Gegnern eine umso härtere Gegenreaktion auslösen und die Wahrscheinlichkeit der Manipulation erhöhen. Wenn der Konflikt in Norduganda zu

ENDNOTEN

ⁱ Vorwort zu: In Quest for a Culture of Peace in the IGAD Region: The Role of Intellectuals and Scholars, Konferenz vom 2. – 4. März 2006, Nairobi

ⁱⁱ Machaka Waqo und Samatar Abi. Conflict and Peace in the Horn of Africa: A Regional Approach. Beitrag zur Konferenz "Quest for a Culture of Peace in the IGAD Region: The Role of Intellectuals and Scholars, 2. – 4. März 2006, Nairobi

ⁱⁱⁱ The East African, 16. – 23. April 2006

^{iv} Sustainable Energy in Africa: Chances and Prospects for alternative Energy in the East and Horn of Africa Region, HBF – AFREPREN, 2006

^v *ibid.*

^{vi} Oxfam-Analyse des 5. WHO-Ministerialtreffens in Hongkong, 22. Dezember 2005

^{vii} Dies bestätigt deutlich die Theorie eines Übergangs ohne Wandel reflektiert.

^{viii} Anyang Nyong'o. The Challenges of Transitional Politics in Kenya. Beitrag zur Konferenz Quest for a Culture of Peace in the IGAD Region: The Role of Intellectuals and Scholars, 2. – 4. März 2006, Nairobi

^{ix} *ibid.*

^x *ibid.*

^{xi} *ibid.*

^{xii} *ibid.*

^{xiii} Daily Nation, 29. November 2005

^{xiv} *ibid.*

^{xv} Dr. Patrick Lumumba, Sekretär der Verfassungsreformkommission von Kenia, zitiert in der Daily Nation, 21. Dezember 2005

^{xvi} Steadman Group/ Westminster Foundation for Democracy: Using Multi-Party Democracy in Kenya: Public Participation and Attitudes, Forschungsbericht, 29. Juni 2006

^{xvii} Michael Chege. Political Scenarios for Kenya, January 2006 – December 2007, Beitrag des Sonderberaters des Ministeriums für wirtschaftliche Planung und nationale Entwicklung, Januar 2006

xviii John-Githongo-Bericht zu Korruption in Kenia, März 2006

xix *ibid.*

xx Meinungsumfrage der Steadman Group für März, Juni, September und Dezember 2005

xxi Sir Edward Clay 2005. Kenya High Commissioner's Speech to the Nairobi Central Business District Association. The British High Commission, 14. März 2005 (unveröffentlichte Rede).

xxii Sayari ist ein unabhängiger Think Tank, unterstützt von der Heinrich-Böll-Stiftung.

xxiii Agenda Kenya ist ein TV-Diskussionsforum, produziert vom Kenya Television Network.

xxiv The Standard, 3. März 2006

xxv The Standard, 23. Mai 2006

xxvi Daily Nation, 22. August 2005

xxvii The Standard, 23. Mai 2006

xxviii Wirtschaftsüberblick der kenianischen Regierung 2005/ 2006, Ministerium für Planung und nationale Entwicklung, 2006

xxix Society for International Development, Untersuchung zu wirtschaftlichen Ungleichheiten in Kenia, Juni 2006

xxx Transparency International, Kenia-Bericht 2006, Korruptionsindex, Mai 2006

xxxi *ibid.*

xxxii Amnesty International, Jahresbericht zu Menschenrechten weltweit 2005

xxxiii Das Gesetz ist nach der nominierten Parlamentarierin Njoki Ndung'u benannt, einer jungen Frau, Feministin und früheren Aktivistin der Zivilgesellschaft für Geschlechterrechte, die das Gesetz durch einen privaten Antrag ins Parlament einbrachte.

xxxiv FEMNET ist eine französische Abkürzung für das African Women's Development and Communications Network, eine in Nairobi ansässige Frauenorganisation, die anglophone und frankophone Länder bedient.

xxxv Bericht zur Entwaffnung Nordkenias des Amani Great Lakes Peace Forum, Juni 2006

xxxvi NTDI-COPSO ist eine Abkürzung für Northern Triangle District Initiative, eine gemeindebasierte Organisation Kenias, die im vernachlässigten und konfliktanfälligen nördlichen Dreieck tätig ist und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt hat, durch die nachhaltiger Frieden und Entwicklung in der Region wieder hergestellt werden können.

xxxvii Mazrui, Ali. The Africans. Boston, Toronto: Little, Brown and Company, 1986. p. 71

xxxviii Ahmed, Khalif Hassan. Somalia: A nation in search of a state. Beitrag zur Konferenz zur Rolle der Intellektuellen bei der Suche nach Frieden in der IGAD-Region, 2. bis 4. März 2006 in Nairobi, Kenia.

xxxix *Supra* note 2

xl Föderale Übergangscharta: Kapitel 14, Artikel 71, Paragraph 8

xli Bericht der International Crisis Group (ICG) zu Somalia, 2006.

xlii Situationsbericht zu Somalia von „Save Somali Women and Children“

xliiii Reuters News. Somalia: Islamic Leaders To Talk Peace In Sudan“, 21. Juni 2006, 14:02:21 GMT

xliv John Prendergast, Besonderer Berater des Präsidenten der International Crisis Group, zitiert im Wochenbericht von IRIN, 9. Januar 2006

xlvi IRIN Wochenbericht, 9. Januar 2006

xlvi Alban Taban, Redakteur des „Sudan Monitor“, zitiert im IRIN Wochenbericht, 9. Januar 2006

xlvi Alban Taban, Redakteur des „Sudan Monitor“, zitiert im IRIN Wochenbericht, 9. Januar 2006

xlvi International Crisis Group, Aktualisierungen zum Sudan, Juni 2006

xlix Fortschrittsbericht des National Civic Forum, Juni 2006

¹ David Gressly, UNO-Koordinator für humanitäre Hilfe für den Südsudan, zitiert in IRIN Wochenbericht, 9. Januar 2006

^{li} IRIN Wochenbericht, 9. Januar 2006

^{lii} Amnesty International Kanada, zitiert in ihrem humanitären Bericht zu Darfur im Juli 2006

^{liii} Amnesty International Kanada, zitiert in ihrem humanitären Bericht zu Darfur im Juli 2006

^{liv} Sudan-Bericht von Human Rights Watch, Dezember 2005

^{lv} Daily Nation, 8. Mai 2006

^{lvi} Daily Nation, 30. Juni 2006

^{lvii} *ibid.*

^{lviii} Africa Confidential, März 2006

^{lix} *ibid.*

^{lx} Africa Journal, 22. Juni 2006

^{lxi} Am 14. April 2006 brach der Tschad seine diplomatischen Beziehungen zum Sudan ab. Am 16. April zog er sich aus den unter der Leitung der [Afrikanischen Union](#) geführten Gesprächen zu Darfur zurück. Gleichzeitig forderte N'Djamena, dass für die mittlerweile rund 200.000 Flüchtlinge aus Darfur im Tschad ein neues Gastland gefunden werden müsse.

^{lxii} Tindifa, Samuel. Grappling with the challenges of multi-party democracy in Uganda, Beitrag zur Konferenz zur Rolle der Intellektuellen bei der Suche nach Frieden in der IGAD-Region, 2. bis 4. März 2006 in Nairobi, Kenia.

^{lxiii} Besigye war Museveni persönlicher Arzt während des Guerillakrieges, durch den Milton Obote vertrieben wurde und der Museveni 1986 an die Macht brachte. Besigye verlor gegen Museveni in den Präsidentschaftswahlen 2001 und floh bald nach den Wahlen aus Uganda, weil angeblich sein Leben in Gefahr war.

^{lxiv} www.irinnews.org, 1. August 2005

^{lxv} The Monitor, 7. Juni 2006

^{lxvi} Seit 2004 untersucht der Internationale Strafgerichtshof Kriegsverbrechen in dem 19 Jahre währenden Konflikt zwischen der LRA und der Regierung im Norden Ugandas. Die Untersuchung betrifft Verbrechen, die seit Juli 2002 verübt wurden, als der Gerichtshof seine Arbeit begann. Er konzentriert sich vor allem auf diejenigen Personen mit der größten Verantwortung für verübte Verbrechen.

^{lxvii} The East African, 8. – 14. Mai 2006

^{lxviii} The East African, 1. – 7. Mai 2006

Anhang 1: Glossar

AU	African Union
CRD	Centre for Research and Dialogue
COVAW	Coalition on Violence Against Women
CPA	Comprehensive Peace Agreement
CDF	Constituency Development Fund
DRC	Democratic Republic of Congo
DUP	Democratic Union Party
DDR	Disarmament, Demobilization and Reintegration Programme
EF	Eastern Front Peace
ERS	Economic Reform Strategy
ECK	Electorate Commission of Kenya

EU/ACP	Economic Partnership Agreements
FEMNET	African Women's Development and
Communications Network	
FDC	Forum for Democratic Change
GJLOS	Governance, Justice, Law and Order Public
Sector Reform Program	
GNU	Government of National Unity
GoSS	Government of South Sudan
IGAD	Inter Governmental Authority on Devel-
opment	
ICC	International Criminal Court at The Hague
JNA	Joint Needs Assessment Process
JEM	Justice and Equality Movement
KANU	Kenya African National Union
KNCHR	Kenya National Commission on Human Rights
LPK	Labour Party of Kenya
LDP	Liberal Democratic Party
LRA	Lord's Resistance Army
MOU	Memoranda of Understanding
NAK	National Alliance Party of Kenya
NARC	National Rainbow Coalition
NCF	National Civic Forum, Sudan
NCF	National Civic Forum, Somalia
NCP	National Congress party
NPK	National Party of Kenya
NRA	National Rainbow Alliance
NRM	National Resistance Movement
NSIS	National Security Intelligence Service
NEPAD	New Partnership for Africa's Development
NTDI-COPSO	Northern Triangle District Initiative
ODM	Orange Democratic Movement
OLF	Oromo Liberation Front
OSILIGI	Organisation for the Survival of the Il-Laikipiak Ma-
saai Indigenous	Group Initiatives
SSWC	Save Somali Women and Children
SPLM/A	Sudan Peoples Liberation Movement/Army
CKRC	The Constitution of Kenya Review Com-
mission	
FORD KENYA	The Forum for Restoration of Democracy
IPU	The Inter-Parliamentary Union
KLA	The Kenya Land Alliance
SLA	The Sudanese Liberation Army
TFG	Transitional Federal Government
TFI	Transitional Federal Institution
TI	Transparency International
UIC	Union of Islamic Courts
UNDP	United Nations Development Programme
MONUC	United Nations Mission to Congo
WTO	World Trade Organisation